#steileThesen

25 JAHRE MOBILE JUGENDARBEIT LEIPZIG E.V.
25 THESEN AUS DER PRAXIS

- LIMITIERTE AUFLAGE
- INKL. A2-POSTER „GEBURTSTAGSKALENDER“
- INKL. 5 BEST-OF-STICKER

DER MONATSKALENDER BEGLEITETE MIT SEINEN THESEN DURCH DIE JAHRE 2019 UND 2020

ALLE THESEN AUCH ONLINE UNTER:

www.l-iz.de/tag/25-Thesen

www.kuebelonline.de/thesen-archiv.html

#steileThesen

25 JAHRE MOBILE JUGENDARBEIT LEIPZIG E.V.
25 THESEN AUS DER PRAXIS

Projektzeitraum 2018 - 2021

Limitiert auf 200 Exemplare:

_____ / 200

INHALT

WARUM DIESE THESEN ENTSTANDEN 4

O-TÖNE 6

„ROUTINEN WÄREN DER PROFESSIONELLE NIEDERGANG EINER LEBENSWELTORIENTIERTEN MOBILEN JUGENDARBEIT“ 6

„EINE GANZ BESONDERE UND PRAXISNAHE BEDEUTUNG.“ 8

„EURE THESEN REGEN ZUR DISKUSSION AN.“ 9

THESE #1 10
MOBILE JUGENDARBEIT IST KEIN SPRINT, SONDERN EIN MARATHON.

THESE #2 13
GHETTOISIERUNG GEFÄHRDET DEN SOZIALEN FRIEDEN.

THESE #3 16
AKTIVE BETEILIGUNG IST DAS LEBENSELIXIER FÜR DEMOKRATIE UND INNOVATION IM GEMEINWESEN.

THESE #4 19
STRASSENABI STATT SCHULABI.

THESE #5 22
MOBILE JUGENDARBEIT IST EIN WICHTIGER KATALYSATOR FÜR VERNETZUNG.

THESE #6 25
IN ZEITEN DES SPARDIKTATES UND ALLMÄCHTIGER KÄMMERER WIRD JUGENDHILFE NUR NOCH ALS KOSTENFAKTOR GESEHEN.

THESE #7 28
ES GIBT KEINE WERTLOSEN MENSCHEN.

THESE #8 31
REFORMATION SONST REVOLUTION!

THESE #9 34
JUGENDARBEITER*INNEN MÜSSEN SICH MIT DER GESTALTUNGSMÖGLICHKEIT DER DIGITALISIERUNG BEFASSEN.

THESE #10 38
DIE ANGST VOR STATUS- UND FÖRDERMITTELVERLUST IN DER SOZIALEN ARBEIT VERHINDERT POLITISIERUNG.

THESE #11 41
DIE INVESTITION IN FRÜHZEITIGE UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE VERHINDERT SOZIALE BENACHTEILIGUNG.

THESE #12 44
EINE DEMOKRATISCHE VERWALTUNG MUSS DEM MENSCHEN DIENEN.

THESE #13 47
WER EINEN MENSCHEN RETTET, RETTET DIE GANZE WELT.

THESE #14 50
RÄUME SIND TEILHABE – JEDE(R) SOLLTE DIE MÖGLICHKEIT HABEN, DIESE ZU BELEBEN.

THESE #15 53
MOBILE JUGENDARBEIT – IMMER AM PULS DER ZEIT.

THESE #16 56
KINDER UND JUGENDLICHE SUCHEN IHRE WERTE UND VORBILDER – WAS SIE FINDEN, LIEGT AUCH AN DIR.

THESE #17 59
FUNKTIONIERENDER WETTBEWERB BEDEUTET NICHT: „HAUPTSACHE BILLIG“.

THESE #18 62
DER KAMPF UM DEN ERHALT VON ÖFFENTLICHEN RÄUMEN MUSS AUCH DIGITALE RÄUME EINSCHLIESSEN.

THESE #19 66
DER „AKTIVIERENDE SOZIALSTAAT“ GRENZT INSBESONDERE BENACHTEILIGTE MENSCHEN AUS.

THESE #20 70
SOZIALE ARBEIT ERSETZT NIEMANDEM DIE ÜBERNAHME SOZIALER VERANTWORTUNG.

THESE #21 73
LIEBER ALLE AM BALL STATT OPERNBALL.

THESE #22 76
SOZIALE ARBEIT MUSS AKTIVE POLITISCHE KRAFT SEIN, UM SOZIALE UNGLEICHHEIT ZU VERRINGERN.

THESE #23 79
JUGENDARBEIT DROHT EIN BEDEUTUNGSVERLUST, DA SIE ZUNEHMEND ALS ON/OFF-DIENSTLEISTER VERSTANDEN WIRD.

THESE #24 82
DAS POLITISCHE MOTTO UNSERER ZEIT IST: „ES MUSS ETWAS GESCHEHEN – ABER ES DARF NIX PASSIEREN“.

THESE #25 85
SOZIALE ARBEIT IST EINE MENSCHENRECHTSPROFESSION.

WARUM DIESE THESEN ENTSTANDEN

Es ist zu einer guten Tradition geworden, anlässlich eines Vereinsjubiläums unsere Arbeit ausführlich zu reflektieren und der interessierten Leser*innenschaft mit einer Veröffentlichung zu präsentieren. So entstand bereits 2003 unser Buch „Der omnipotente Alleskönner“, in dem wir unsere ersten zehn Jahre Revue passieren ließen. Im Jahr 2013 – zu unserem 20. Geburtstag – veröffentlichten wir die nicht weniger aufwendige Broschüre „Innenansichten – die zweiten 10 Jahre“, in der wir viele fachliche, aber auch persönliche Einblicke in den Alltag Mobiler Jugendarbeit (er*innen) gewährten.

Wir waren jedesmal sehr stolz auf diese Veröffentlichungen, allerdings auch froh, diesen Aufwand nur aller 10 Jahre betreiben zu müssen - zumindest bis uns bewusst wurde, dass auch das 25. Jubiläum einer Organisation durchaus ein guter Grund ist, dieses Ereignis besonders zu begehen und zu würdigen. Also machten wir uns gemeinsam auf die Suche nach einer originellen, aber vielleicht nicht ganz so aufwendigen Idee, mit der wir zu diesem Anlass in die Öffentlichkeit gehen könnten. Entstanden sind dabei der Zwei-Jahreskalender „#steile Thesen“, eine dazugehörige Aufsatzserie - die parallel auf der Leipziger Internet Zeitung und unserer Homepage veröffentlicht wurde - und nun die hier vorliegende Broschüre.

Es war uns ein wichtiges Anliegen, auf diesem Wege Themen und Entwicklungen zu transportieren, mit denen wir uns seit einigen Jahren gemeinsam mit vielen Netzwerkpartner*innen beschäftigen und zu denen, trotz vielfältiger Angebote und Methoden, ein Diskurs mit der Fachöffentlichkeit, Politik und Verwaltung bisher leider kaum möglich geworden war. Dabei geht es um das Thema der „Emotionalen Verwahrlosung bei Kindern und Jugendlichen“, deren Auswirkungen wir in unserer Arbeit ganz besonders spüren und deren Wurzeln in den verschiedenen gesellschaftlichen Systemen (z. B. Familie, Bildung, Finanzen) liegen. Wir sind der festen Überzeugung, dass sich diese Systeme verändern und viel stärker miteinander verbinden müssen, um wirklich allen Kindern und Jugendlichen Entwicklungschancen und Perspektiven zu ermöglichen. Leider sind wir mit unseren Versuchen, übergreifende Strategieentwicklungen zu initiieren, gescheitert.

Der Thesenkalender und diese Broschüre dazu sind letztlich ein weiterer Versuch, auf relevante Themen, Entwicklungen, Ungerechtigkeiten und Selbstverständlichkeiten aufmerksam zu machen. Ein Versuch, den Rahmen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen so zu gestalten, dass sie selbstbestimmt und bei Bedarf mit Unterstützung ihren Weg gehen können. So verstehen wir unser Mandat als Sozialarbeiter*innen in der Mobilen Jugendarbeit.

Die Thesen sollen dazu anregen, die eigene Arbeit und Haltung zu überprüfen und ins Gespräch zu kommen. Intern hat das ganz wunderbar funktioniert: Im Projektzeitraum haben wir viele neue Kolleg*innen hinzu gewonnen, die ihre Sichten und Erfahrungen in die Texte einfließen ließen und das Wertesystem unseres Vereines bestätigt, aber auch verändert und geschärft haben.

Die größte Herausforderung war es regelmäßig, alle Gedanken, Argumente und Einwände auf den wenigen Zeilen schlüssig darzustellen und auch den praktischen Bezug zu unserem Handlungsfeld

nicht zu vernachlässigen. Auch deshalb sind unsere Ausführungen zu jedem Thema nur ein Ausschnitt unserer Diskussionen, Ziele und Erfahrungen.

Für uns wäre es ein großer Erfolg, wenn wir mit Menschen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen untereinander in den Diskurs kommen und Veränderungen für das gesunde Aufwachsen aller Kinder und Jugendlicher anstoßen.

Liebe Leser*innen, fühlt euch angesprochen, aktiv und engagiert für Demokratie, Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu streiten.

Katrin Zschuckelt
Projektleiterin
Mobile Jugendarbeit Leipzig e.V.

O-TÖNE

„ROUTINEN WÄREN DER PROFESSIONELLE NIEDERGANG EINER LEBENSWELTORIENTIERTEN MOBILEN JUGENDARBEIT“

Zählt man nur die Jahre seit 1995 zusammen, so steht als Summe unter dem Strich, eine schlichte 25 – das heißt, 25 volle Jahre Mobile Jugendarbeit Leipzig e.V.. Doch dahinter verbergen sich am Wegesrand eine Vielzahl von Geschichten, von Lebens- und Berufsbiografien, voll mit Herausforderungen, kleineren Rückschlägen und noch viel größeren Erfolgen. So viele Begegnungen mit einzelnen Jugendlichen und jugendlichen Gruppen, ihren Bedarfen, Wünschen und Ansprüchen. Aber auch die Zusammentreffen und das gemeinsame Planen mit Netzwerk- und Kooperationspartnern so wie die vielen Gespräche in unterschiedlichen Arbeitsbündnissen. Im Laufe der Zeit wurden die Anfragen an die MJA Leipzig nicht nur immer zahlreicher, sondern waren auch verbunden mit immer größerer Verantwortung – schließlich ist man inzwischen so etwas wie ein Urgestein der Leipziger Jugendarbeit.

In all‘ den Jahren durfte ich die Arbeit der MJA Leipzig als Praxisberater begleiten. Es vollzog sich eine Entwicklung von einem kleinen, lokalen Träger der MJA in Leipzig-Grünau, zu einem inzwischen in drei großen Stadtteilen tätigen, fachlich angesehenen, wohlgefragten Träger. Völlig zu Recht sind die Mitarbeiter*innen der MJA Leipzig in der Zwischenzeit zu attraktiven Ansprechpartner*innen für Jugendarbeit in Netzwerken geworden, verbunden mit der Sicherheit, dann auf verlässliche, innovative und flexible Kolleg*innen zu treffen. Der Träger hat sich einen fachlichen Standard erarbeitet, der geprägt ist von Mobilität und Modernität, so wie man es von einem Träger auch erwartet, der sich auch selbst am Puls der Zeit verortet. Dabei ist es insbesondere in der Mobilen Jugendarbeit eine besondere Herausforderung, über einen so langen Zeitraum hinweg, eine Normalität von Qualität zu gewährleisten. Dafür benötigt ein Träger der MJA sichere, transparente und flexible Strukturen, die es ermöglichen, auf anstehende Fragen und Herausforderungen angemessen zu reagieren. Damit ist keineswegs nur gemeint, auf die unterschiedlich heranwachsenden Jugendlichen mit ihren wechselnden Bedarfen, Bedürfnissen und Wünschen adäquat sich immer wieder neu einzustellen, sondern auch, sich mit den sich rasant wandelnden gesellschaftlichen Entwicklungen und Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen, sowohl sich in (sozial)politische und sozialräumliche Entwicklungen im urbanen Raum einzumischen, als auch die Notwendigkeiten zu erkennen, die eigene Professionalität stetig zu evaluieren und sich unter den sich verändernden Bedingungen einer kritischen Reflektion zu stellen.

Dabei ist es keinesfalls so, dass Mobile Jugendarbeit ein so attraktives Arbeitsfeld ist, dass die Anzahl an interessierten professionellen Jugendarbeiter*innen die Stellenangebote weit übersteigt. Eher das Gegenteil ist der Fall. Der Träger sieht sich immer wieder in der Herausforderung, nicht nur bei neu zu besetzenden Stellen, interessierte und kompetente und sozialpädagogisch ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen. Manchen neuen Kolleg*innen wird erst die Schwierigkeit der Tätigkeit vollends bewusst,

wenn sie ein paar Monate in die Arbeit „hineingerochen“ haben, feststellen, dass auch nach einem solchem Zeitraum sich keine Routinen ergeben, jeder Tag anders aussieht, auch wenn man ihn noch so gut im Vorfeld geplant hatte - die Verantwortung von Planung und Umsetzung, vom Fortgang der Arbeit selbst zu tragen. Immer wieder eigene Prioritäten abzuwägen, zum Wohle für die und in kritischer Parteilichkeit zu den Jugendlichen auch einmal mit anderen, offiziellen Stellen - bis hin zum eigenen Geldgeber - „anzuecken“, dabei seine Arbeit immer wieder fachlich zu begründen und die Bereitschaft zu besitzen, auch zu sehr ungünstigen Arbeitszeiten in keineswegs üppigen und sicheren Lohnverhältnissen „volle Kraft“ zu bringen. Erfahren zu müssen, dass Routinen der professionelle Niedergang dieses lebensweltorientierten Handlungsansatzes wären.

Auch die MJA Leipzig musste sich in den zurückliegenden Jahren mit diesen Themen auseinandersetzen. Umso beachtenswerter ist es, dass es dem Träger immer wieder gelungen ist, ein Team von Mobilen Jugendarbeiter*innen zusammen zu stellen, das mit voller Überzeugung und professioneller Stärke diesen Herausforderungen begegnet. Besonders freut mich, dass die Kolleg*innen aus der Praxis immer wieder dazu angehalten werden und auch die Kraft dazu finden, ihre Erfahrungen in der Arbeit mit den Jugendlichen und den Erwachsenen (-Strukturen), ihre inhaltlichen Auseinandersetzungsprozesse in fachlichen Kontexten und die erfahrbaren gesellschaftlichen Entwicklungen mit aller Offenheit zu reflektieren und öffentlich zu machen. Hierbei geht es glücklicherweise nicht um den Versuch, wissenschaftliche Expertisen zu erstellen, sondern um lern- und lehrreiche Erfahrungs- und Reflektionsberichte aus der Praxis zu veröffentlichen, von denen es inzwischen leider viel zu Wenige aus dem Handlungsfeld gibt. In diesem Kontext gebührt der Mobilen Jugendarbeit Leipzig auch im Sinne der Weiterentwicklung von Mobiler Jugendarbeit ein großer Dank.

Ich selber bedanke mich beim Träger für die vielen anregenden Diskussionen in und mit den Teams, dass meine Fragen gehört wurden in einem stets offenen Entwicklungsprozess zur Anpassung der Strukturen an die sich wandelnden Anforderungen und für die Bereitschaft, sich mit mir zusammen in mancher Praxisberatung auf zum Teil abenteuerlich scheinende Gedankenexperimente eingelassen zu haben. Ich selber habe in der vergangenen Zeit viel von euch gelernt und ich bin mir sicher, dass auch viele Kolleg*innen von anderen Trägern zu euch schauen und – hoffentlich – dabei auch ein wenig abschauen.

Andreas Klose
FH Potsdam, FB Sozial- und Bildungswissenschaften

„EINE GANZ BESONDERE UND PRAXISNAHE BEDEUTUNG.“

Als ich zum Anlass des 25. Geburtstages des Mobile Jugendarbeit Leipzig e.V. den #steileThesen-Kalender erstand, war ich zunächst einmal sehr angetan von der Idee, einen Kalender zu erhalten, den ich nicht nach einem Jahr vom Nagel nehmen muss, sondern der mich eine noch längere Zeit begleitet, genauer gesagt eben ganze 25 Monate. Die Streetworker*innen des Mobile Jugendarbeit Leipzig e.V. hatten es sich zum Geschenk und zur Aufgabe gemacht, für jeden Monat eine These aufzustellen und zu diskutieren.

Ein Prozess, der wie mir berichtet wurde, intensive Diskussionen unter den Kolleg*innen beinhaltete. Diskussionen, die ihr gemeinsames Verständnis von Mobiler Jugendarbeit & Streetwork schärften und sicherlich auch an einigen Stellen Differenzen zu Tage brachten. Das fachlich Besondere für mich ist, dass wir als außenstehende Leser*innen Einblicke in diese träger- und teaminternen Diskussionen bekommen und Mobile Jugendarbeit/Streetwork in sehr vielen ihrer Facetten (neu) kennenlernen dürfen. Hierfür möchte ich mich ganz herzlich bedanken!

Die Streetworker*innen schlagen in ihren Thesen einen weiten Bogen von Überlegungen mit direktem Adressat*innen-Bezug (bspw. These 04 – Straßenabi statt Schulabi), über fachinhaltliche Diskussionen (These 09, die der Corona-Pandemie deutlich vorauseilte – Jugendarbeiter*innen müssen sich mit der Gestaltungsmöglichkeit der Digitalisierung befassen), Thesen zu Rahmenbedingungen der Arbeit (These 06 - In Zeiten des Spardiktates und allmächtiger Kämmerer wird Jugendhilfe nur noch als Kostenfaktor gesehen), hin zu gesellschaftlichen Diskursen (These 19 - Der „aktivierende Sozialstaat“ grenzt insbesondere benachteiligte Menschen aus) und zur Einbettung in die Profession der Sozialen Arbeit (These 22 - Soziale Arbeit muss aktive politische Kraft sein, um soziale Ungleichheit zu verringern).

Die Ausarbeitung der verschiedenen Themen erhält meiner Meinung nach durch die individuellen Perspektiven der verschiedenen Autor*innen eine ganz besondere und praxisnahe Bedeutung. Somit geben die Texte detaillierte Einblicke in die Praxis und die Vielfältigkeit von Mobiler Jugendarbeit & Streetwork.

Diese Vielfältigkeit und vielleicht ja auch neuen Perspektiven auf Adressat*innen Mobiler Jugendarbeit/Streetwork sollten daher auch dringend auf den Tischen der politisch und behördlich verantwortlichen Personen liegen, um die Relevanz der Arbeitsfelder zu unterstreichen. Es wäre zu wünschen, dass die Entscheidungsträger*innen sich für wieder einmal stattfindende Kürzungsdiskussionen, aber auch für Debatten um Beteiligungsrechte oder Demokratiemisstrauen junger Menschen einige Erkenntnisse mitnehmen würden.

Georg Grohmann
Bildungsreferent
Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V.

„EURE THESEN REGEN ZUR DISKUSSION AN.“

Als Erstes geht mal ein ganz fettes Dankeschön raus an die Kolleginnen und Kollegen des Mobile Jugendarbeit Leipzig e.V. für ihr inspirierendes „Thesenprojekt“!

Sozialarbeiter*innen sind meistens hoch engagiert in der praktischen Arbeit, im Kontakt mit den Klient*innen und Besucher*innen, in der Projektarbeit, der Gruppenarbeit oder der intensiven Begleitung junger Menschen - und das ist auch gut so. Genauso wichtig ist allerdings auch, Forderungen zu formulieren, Zusammenhänge zu erklären für Menschen, die damit wenig Berührungspunkte haben, Sprachrohr zu sein oder besser noch, junge Menschen selbst zu befähigen, sich für ihre Belange einsetzen zu können – man könnte sagen, im besten Sinne politisch zu werden (unter den 25 gut gewählten Themen, empfehle ich besonders die 10 und die 22).

Wie aktuell ihr mit euren Texten seid, wird euch unter anderem im eben erst veröffentlichten 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung bestätigt:

„Ein direkter Beitrag zur politischen Subjektwerdung, neben der Erfahrung von Selbstwirksamkeit, ist zu erwarten, wenn Fachkräfte im Rahmen der Aufsuchenden Jugend(sozial)arbeit junge Menschen darin unterstützen, ihre Interessen gegenüber Dritten zu vertreten.“ (1)

Wie gut, dass ihr da schon selbst drauf gekommen seid ;-).

Weil nämlich „(...) Lebenslagen, genauer: Armuts- und Benachteiligungslagen, immer auch politisch verantwortet sind, verfügt die Jugendsozialarbeit in besonderer Weise über einen Anknüpfungspunkt zur politischen Bildung, der in der lebensweltlichen Betroffenheit ihrer Adressatinnen und Adressaten liegt.“ (2)

Mir gefällt besonders die Wirkung eurer „steilen Thesen“ in verschiedene Richtungen: Sie klären auf, sie klagen an, sie schaffen Öffentlichkeit, sie rütteln auf. Sie fordern aber auch die Mitarbeitenden in diesem Arbeitsbereich auf, sich selbst zu positionieren. Und das ist glaube ich das Beste, was man über „behauptend aufgestellte Sätze“ (Definition „Thesen“ im Duden) sagen kann, eure Thesen regen zur Diskussion an.

Quellen:
(1) 16. Kinder- und Jugendbericht, Hrsg: bmfsfj, Stand: November 2020, 1. Auflage, S. 403

(2) Ebda S. 493

Dorit Roth
CVJM Leipzig e.V. / Jugendsozialarbeit
Vorstandsvorsitzende Stadtjugendring Leipzig e.V.

These #1

MOBILE JUGENDARBEIT IST KEIN SPRINT, SONDERN EIN MARATHON.

THESE #1

Am 13. Dezember 2018 feiert der Mobile Jugendarbeit Leipzig e.V. seinen 25. Geburtstag. Aus diesem Grund wird der namensgebende Arbeitsansatz des Vereins zum Auftakt einer monatlichen Thesen-Serie. Eine Serie zu einem sozialen Arbeitsfeld in unserer Stadt, dessen Wirken zu oft übersehen wird. Vor allem soll beleuchtet werden, warum Mobile Jugendarbeit kein Sprintstar ist, sondern Ausdauer braucht, um den langen Weg gehen zu können. Die L-IZ.de wird alle 25 Thesen aus der Praxis der Leipziger Streetworker*innen in dieser Reihe publizieren.

Als die Athener im Jahr 490 v. Chr. in der Schlacht bei Marathon ihre Gegner besiegt hatten, soll der Legende nach der Bote Pheidippides ausgesandt worden sein, um die wichtige Botschaft nach Athen zu bringen. Die Entfernung betrug rund 40 Kilometer, und Pheidippides gab alles. „Wir haben gesiegt!“, soll er nach seiner Ankunft noch ausgerufen haben, um anschließend vor Erschöpfung tot zusammenzubrechen.

Überträgt man dieses Bild auf Mobile Jugendarbeit, sind vor allem zwei Punkte von Bedeutung. Erstens: Auch die MJA hat immer wieder wichtigen Botschaften zu überbringen, sei es zu den jungen Menschen, denen wir täglich begegnen oder sei es zu den Institutionen, welche die Lebenswelt dieser Menschen beeinflussen (können). Wichtig ist hier wie da, dass die Botschaften ihre Adressat*innen erreichen und überhaupt (an)gehört werden.

Zweitens: MJA benötigt entsprechende Rahmenbedingungen und Unterstützung, damit ihr auf dem langen Weg nicht die Puste ausgeht. Eine konstante, langfristige Förderung entsprechend der Fachstandards, zuzüglich einer Prise Wertschätzung, wären dafür schon mal eine gute Grundlage.

ABER WARUM DAUERT DAS DENN ÜBERHAUPT SO LANGE MIT DIESER MOBILEN JUGENDARBEIT?

Man kann die Probleme mit/ von den Jugendlichen doch bestimmt auch im Kurzsprint lösen!? Ähm.... nein. MJA ist weder Sozial-Feuerwehr noch Akut-Mediziner oder Zauberkünstler – auch wenn ihr diese Funktionen oft genug von außen übergestülpt werden sollen. In der Arbeit mit (vor allem) jungen Menschen geht es immer um Entwicklung, um Prozesse, um Nachhaltigkeit. Das braucht Zeit.

Bevor sich junge Menschen mit ihren persönlichen Problemen überhaupt an uns Erwachsene wenden, müssen wir eine tragfähige, vertrauensvolle Beziehung zueinander aufgebaut haben.
Unseren Erfahrungen nach dauert es im Schnitt etwa anderthalb bis zwei Jahre, bis aus einem Erstkontakt eine konkrete Unterstützungsanfrage wird. Erst dann folgt der eigentliche Hilfeprozess, folgen Abbrüche, Neustarts, Veränderungen, Entwicklung.

Ähnlich verhält es sich auf einer anderen Tätigkeitsebene der MJA. Angestrebte Veränderungen im institutionelle Netzwerk oder im Gemeinwesen sind nicht von heute auf morgen beschlossen, umgesetzt und sichtbar wirksam. Es bedarf demokratischer Diskussionen, einem Abwägen zwischen verschiedenen Zielstellungen und Lösungswegen oder auch der Akquise erforderlicher materieller Ressourcen.

WENN HEUTZUTAGE EIN MARATHONLÄUFER AN DEN START ZU SEINEM WETTKAMPF GEHT

... sieht man ihm die monatelange Vorbereitung nicht an. Weder die hunderte von Trainingskilometer oder seine körperliche und mentale Weiterentwicklung, noch all den Schweiß, die Rückschläge, Verletzungen und Zweifel, die auf dem Weg dahin lagen. Und erst wenn er letztlich im Ziel angekommen ist, kann er die Früchte für all das ernten.

Mobile Jugendarbeit ist ein Marathon mit all diesem Drum und Dran. Unser Verein ist seit 25 Jahren auf dem Weg. Das Gelände ist anspruchsvoll. Doch das Ziel behalten wir fest im Blick.

Autor*in: Jan Kaefer

These #2

GHETTOISIERUNG GEFÄHRDET DEN SOZIALEN FRIEDEN.

Eine am Menschen orientierte Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik wirkt sozialer Segregation entgegen.

THESE #2

Seit Menschengedenken gibt es Ghettos, denn bereits in der Antike gab es abgetrennte Wohnbezirke für Juden. Laut Duden werden als Ghettos abgesonderte Wohnviertel bezeichnet. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass der Begriff aus dem Italienischen stammt und Gießerei bedeutet. Denn als 1516 in Venedig ein Gesetz erlassen wurde, das jüdische Einwohner*innen auf das Gheto Nuovo (neue Gießerei) beschränkte, festigte sich der Begriff.

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde begonnen, jüdische Menschen in Ghettos zu sperren und abzuriegeln, damit sie die Ghettos nicht mehr verlassen konnten. In Osteuropa entstanden in der Zeit zwischen 1939 und 1944 um die 1.000 Ghettos. Als eines der größten galt das Warschauer Ghetto in der polnischen Hauptstadt. Das Leben im Ghetto war gekennzeichnet durch Hunger, Krankheiten und Unterernährung.

Heutzutage steht der Begriff als Synonym für Ausgrenzung auf der ganzen Welt. Umgangssprachlich werden jene Stadtviertel als Ghetto bezeichnet, in denen überwiegend Angehörige bestimmter Ethnien (Segregation) und/ oder sozialer Randgruppen leben. Nicht zu Unrecht wird im Duden der Begriff Ghettoisierung als eine zunehmende Isolierung verstanden.

Vor gut 10 Jahren habe ich begonnen, als Streetworkerin bei der Mobilen Jugendarbeit in Leipzig-Grünau zu arbeiten. Grünau ist die größte Plattenbausiedlung Sachsens und besteht aus acht in Plattenbauweise errichteten Wohnkomplexen. Zu DDR-Zeiten waren hier die Wohnungen begehrt, nach der Wende wurden Hochhäuser aufgrund von Wohnungsleerstand und Abwanderung abgerissen.

„GEFÄHRLICHER ORT“ IN GRÜNAU

In den letzten Jahren erlebte Grünau einen Wohnungsbauaufschwung, da es wieder mehr Menschen nach Grünau zog bzw. die Mieten im Leipziger Vergleich hier am niedrigsten sind. Das führte allerdings auch dazu, dass es insbesondere Transfergeldbezieher*innen nach Grünau zog, da Wohnraum in Leipzig in den letzten Jahren knapp und teilweise für bestimmte sozial benachteiligte Menschen unbezahlbar wurde bzw. es zunehmend unzureichenden bezahlbaren Wohnraum gibt.

Grünau gilt als sozialer Brennpunkt, was als Synonym für Problemviertel steht. So hat das Wohngebiet z.B. mit einer hohen Arbeitslosenquote, Einkommensarmut, einer hohen Schulabgängerquote, einer hohen Jugendkriminalität sowie mit Integrationsschwächen zu kämpfen. Im Rahmen meiner Tätigkeiten als Streetworkerin war ich in den letzten Jahren regelmäßig auf den Straßen Grünaus unterwegs. Ein Schwerpunkte unserer täglichen Arbeit ist Grünau-Mitte. Seit April 2017 wird die Stuttgarter Allee und der dazugehörige Marktplatz als „gefährlicher Ort“ eingestuft. Drogenhandel, Diebstähle, Bandenkriminalität, Ruhestörung und Überfälle auf einzelne Menschen sind einige Stichworte in diesem Zusammenhang.

Wenn man bedenkt, dass es in dieser Gegend mittlerweile ein paar Wohnblocks gibt, in welche selbst die Polizei nur ungern hineingeht, wird das Bild etwas klarer. Immer wieder höre ich von jungen Menschen, dass sie sich nur noch bewaffnet auf die Straße trauen. Nicht zuletzt, weil es in Grünau-Mitte in den letzten Jahren mehr als ein Tötungsdelikt gab. Beim Betrachten der 16-Geschosser wird einem schon etwas mulmig, vor allem wenn man einen Blick nach innen wagt.

STUDIE BESTÄTIGT ZUNAHME DER GHETTOISIERUNG IN GROSSSTÄDTEN

Hier wohnen Menschen auf sehr engem Raum zusammen, die oft aus bildungsfernen Familien stammen, viele beziehen HartzIV. Andererseits leben hier auch zahlreiche Menschen aus anderen Herkunftsländern, was ebenfalls zu Konflikten führen kann. Schnell wird deutlich, dass in diesen Blocks überwiegend Menschen leben, die mehr oder weniger von der gesellschaftlichen Mitte abgehängt sind. Welche Rolle dabei die Wohnungswirtschaft spielt und inwiefern sie mit in die Verantwortung genommen werden sollte, muss an anderen Stelle diskutiert werden.

Längst haben Studien deutlich gemacht, zuletzt die vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB, „Arm und Reich, Jung und Alt: immer seltener Tür an Tür“, Mai 2018), dass die soziale Schere in Deutschland (vor allem in Ostdeutschland) immer größer zu werden droht, die Stadtbevölkerung sich immer weniger durchmischt und die Ghettoisierung in Großstädten zunimmt. Am Ende sind vor allem Kinder die Leidtragenden, denn wenn sie in einem schwierigen sozialen Wohnumfeld aufwachsen, haben sie in der Regel schlechtere Perspektiven als jene, die in gehobeneren Gegenden aufwachsen.

Fakt ist, wenn in Zukunft die Entwicklung weiter in diese Richtung geht, drohen die sozialen Verhältnisse zu verhärten. Deshalb muss schnellstmöglich auf die sich verändernde Bevölkerungszusammensetzung reagiert werden. Doch welche stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen müssten unternommen werden, um diesem Trend entgegenzuwirken?

Autor*in: Melanie Blochwitz

These #3

AKTIVE BETEILIGUNG IST DAS LEBENSELIXIER FÜR DEMOKRATIE UND INNOVATION IM GEMEINWESEN.

Eine wirksame Beteiligung kann nur gelingen, wenn die Stufen der reinen Information oder Anhörung überschritten werden und Fachkräfte sowie Kinder und Jugendliche von Anfang an Ziele und Prozesse mitbestimmen können.

THESE #3

Teilhabe, Beteiligung, Mitgestaltung, Mitbestimmung, Einbeziehung, Mitwirkung, Selbstorganisation, Mitsprache, Teilnahme, Mitverantwortung, Einbindung und allem voran der schillerndste Begriff -„Partizipation“. Ein Begriff, der sich seinen Weg von der UN-Kinderrechtskonvention über das SGB VIII, den Fachstandards in der Kinder- und Jugendarbeit bis hin zu den Konzepten und Angeboten einzelner Vereine gesucht hat.

Er kommt geradezu wie ein Schwergewicht um die Ecke, ein Must-have aller sozialen Bereiche – kaum eine Projektbeschreibung in der Sozialen Arbeit kommt ohne ihn aus. Umso wichtiger ist es, diesen oft genutzten Begriff an dieser Stelle etwas zu schärfen: Ausgehend vom Stufenmodell, in Anlehnung an Sherry Arnstien, kann Partizipation bzw. deren Vorstufen in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung gelebt werden.

Die bloße Weitergabe von Informationen, das Anhören und Einbeziehen von Akteur*innen werden dahingehend als Vorstufen von Partizipation verstanden. Tatsächliche Partizipation entfaltet sich jedoch erst auf einem Level der Mitbestimmung und Entscheidungsmacht und lässt sich am Grad der Entscheidungsteilhabe messen. Somit haben Menschen, Projekte und Vereine in erster Instanz die Möglichkeit, gehört zu werden, Informationen zu erhalten und sich einzubringen.

NICHT DER BEQUEMSTE WEG

Viel entscheidender ist dann, im nächsten Schritt auch die aktive Entscheidung und Mitbestimmung einzuräumen. Das kostet Zeit, Ressourcen und bisweilen auch Nerven. Also ist aktive Beteiligung auf den ersten Blick nicht unbedingt der bequemste Weg, wohl aber der nachhaltigere.

Denn aktive Teilhabe ist nicht nur das Einbringen von Ideen, sondern auch das Erleben von Wirksamkeit und funktioniert dadurch in mehrere Richtungen. Es stärkt das Vertrauen in demokratische Strukturen bzw. Prinzipien, ermöglicht Menschen, für ihre eigenen Überzeugungen einzustehen und sich als handlungsfähig zu erleben.

Mithin lässt sich das Konzept der Partizipation praktisch auf unterschiedlichen Ebenen betrachten. Dies geschieht durch die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bei Beteiligungsprojekten genauso wie bei Ausarbeitung fachlicher Standards für ganze Berufsgruppen.

So wurde beispielsweise die Neugestaltung des Karl-Heine-Platzes mit dem Kinderbüro auf Grundlage der Zeichnungen von Kindergarten- und Schulkindern unter Beteiligung interessierter Menschen durchgeführt. Als ein weiteres Beispiel gelingender Beteiligung kann die Erarbeitung der Fachstandards für die Mobile Jugendarbeit in Leipzig genannt werden.

DIE SCHATTENSEITE DER PSEUDO-BETEILIGUNG

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Immer wieder erleben wir in unserer Arbeit, wie mühselig und anspruchsvoll es ist, aktive Beteiligung einzufordern oder zu ermöglichen. Denn nicht überall wo Beteiligung drauf steht, ist auch Beteiligung drin. Immerhin gibt es seit 2012 Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in Leipzig, die via Dienstanweisung vom Oberbürgermeister an die Kommunalverwaltung erteilt wurden.

Obwohl Menschen über die gesamte Dauer eines Planungs- und Entscheidungsprozesses einbezogen werden sollen, ist es vorgekommen, dass Entscheidungen oder Termine erst spät oder gar nicht an uns herangetragen wurden und dadurch die Beteiligung Jugendlicher nicht mehr zustande kam. Oder lediglich zwischen zwei vorgegebenen Varianten der Platzgestaltung gewählt werden durfte, die für uns wenig praktischen Nutzen aufwiesen. So ein Vorgehen deckt sich nur schwer mit unserem Verständnis von Partizipation.

Umso wichtiger ist es, dass Formen der aktiven Beteiligung auch den Adressat*innen und ihrer Lebenswelt entsprechen. Denn Möglichkeiten der Partizipation werden oft in hochschwelligen Angeboten durchgeführt, die von verwaltungsdominiertem Handeln geprägt sind.

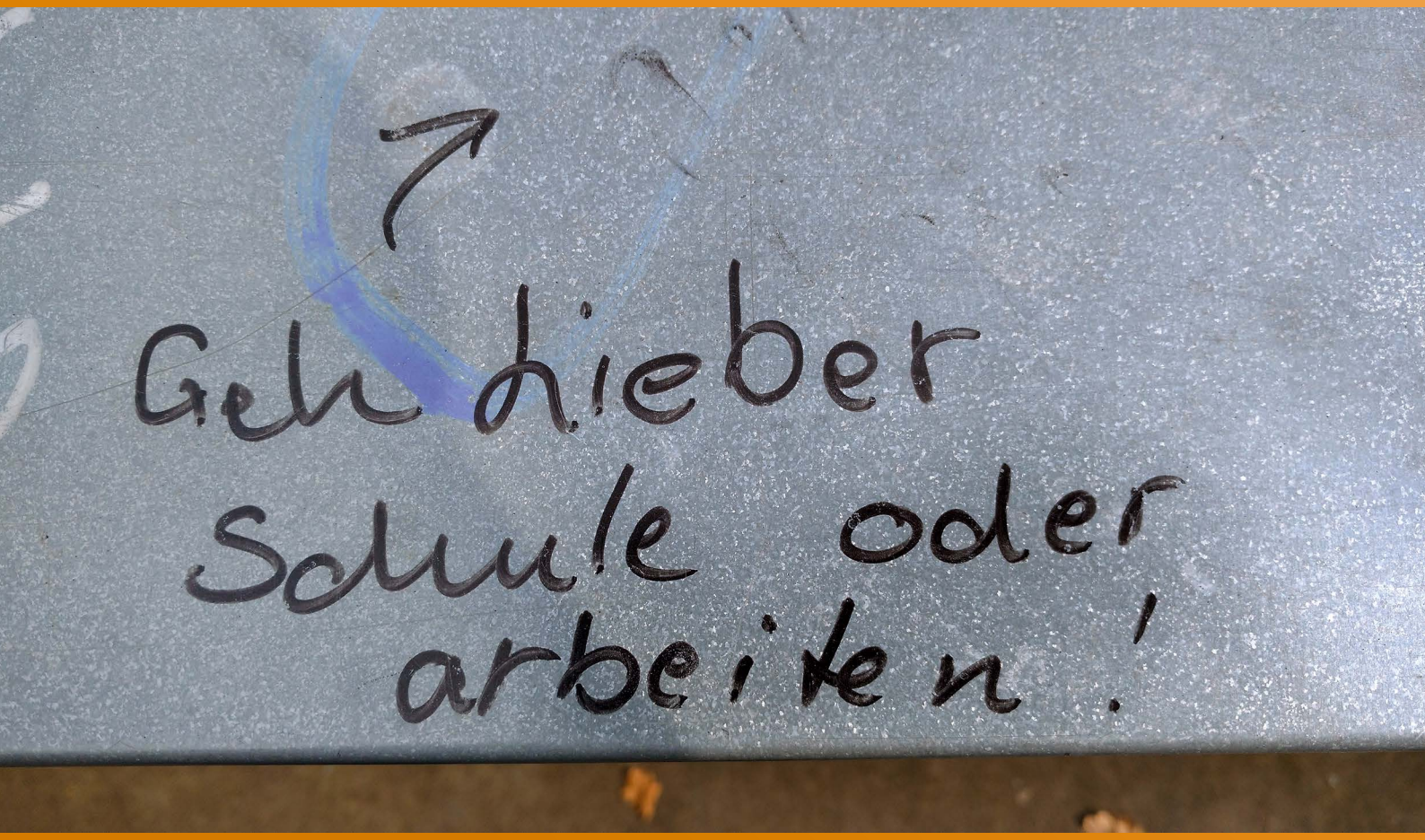
Überall wo diese Hürden zu groß erscheinen, setzt Mobile Jugendarbeit an, um als Ideengeber*in, Übersetzer*in und Fürsprecher*in für Transparenz und Chancengleichheit zu sorgen. Doch erst wenn diese Starthilfe nicht mehr nötig ist, kann von wirklicher Beteiligung gesprochen werde.

Quellen:
Block, Martina/ v. Unger, Hella/ Wright, Michael T. (2008): Stufen der Partizipation.
[www.partizipative-qualitaetsentwicklung.de/partizipation/stufen-der-partizipation.html letzter Zugriff 11.07.2017].

Dischler, Andrea (2017): Was heißt Mitbestimmung und wie hat sich Partizipation in der Jugendhilfe entwickelt? Fachtag zur Partizipation / LVkE. München
URL: [http://www.lvke.de/cms/contents/lvke.de/medien/dokumente/was-heisst-mitbestim/was_heit_mitbestimmung_und_wie_hat_sich_partizipation_in_der_jugendhilfe_entwickelt__ph__1_2017.pdf letzter Zugriff 17.01.2019].

Gerull, Susanne (2017): Alibi oder Voraussetzung für eine professionelle Unterstützung? Partizipation in der Wohnungslosenhilfe. 2. Bundesweite Fachtagung Erwachsenenstreetwork. Berlin. URL: [https://erwachsenen-street.work/images/files/Gerull_Alibi-oder-Voraussetzung.pdf letzter Zugriff 17.01.2019].

Autor*in: Johannes Weise



These #4

STRASSENABI STATT SCHULABI.

Das Angebot der Bildungseinrichtungen entspricht in vielen Bereichen nicht den Lebenswirklichkeiten von Kindern und Jugendlichen. „Alternative“ Mechanismen zur Lebensbewältigung rücken dadurch in den Fokus und ersetzen schulische Bildung.

THESE #4

„Mein Name, egal. Ich bin 15 Jahre alt und wohne in einem der Hochhäuser im Westen der Stadt, die ihr nie betreten werdet und würdet. Ich habe 3 jüngere Geschwister, mit denen ich mir ein Zimmer teile und um die ich mich so gut es geht kümmere. Eine meiner Pflichten als großer Bruder, sagen meine Eltern, die immer wieder betonen wie wichtig es ihnen sei, ihre Ruhe zu haben. Das ist mit ein Grund warum ich eher selten zu Hause bin und stattdessen auf der Straße mit meinen Jungs abhänge. Nervig ist nur, dass ich meist meine 6 Jahre jüngere Schwester im Schlepptau habe … is scheiße beim weglaufen!

Meist gucken wir, wo es was zu holen gibt, hängen hier und da ab oder schieben Langeweile, die aber schnell zu Action werden kann. Wie letztens im Mc Geiz, als wir den Eingang mit Böllern bewarfen, woraufhin wir eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch bekamen. Bis auf die Anzeige und den Nackenschellen von meinen Eltern hat sich‘s aber gelohnt, da wir gleichzeitig ein paar Dinge aus dem Laden trugen, für die unser Taschengeld niemals ausreichen würde.

Wenn man hier wohnt, die Eltern keine Kohle haben, Schule nervig ist, Stress an jeder Ecke lauert und man die teuren Nikes aus dem Rapvideo tragen will, muss man kreativ und hart sein. Kreativ sein bedeutet Leute abziehen, Dinge ausborgen und sie beim An-und Verkauf verkaufen oder Weed klären. Letzteres ist aber nicht mein Ding, da es sonst noch mehr Schellen von Vaddern setzt. Am Ende kann man das aber als Training ansehen, da man es irgendwann gewohnt ist, zu kassieren und härter für den Stress auf der Straße wird.

Ich meine, dann haben die Leute Respekt, wenn man nach einer Bombe noch steht und selber eine verteilen kann. Das überraschte letztens auch meinen Banknachbarn. Was bezeichnet der mich auch als Hurensohn, der nix zu Fressen hat. Papa sagte: ‚Gut gemacht!‘, was ich aber nicht der Schulleitung sagen darf, da die mich so schon 2 Wochen suspendierte.“

„SCHEISS SCHULE, DA LERN‘ ICH EH NICHTS, WAS MIR HIER DRAUSSEN HILFT!“

In unserer Arbeit treffen wir regelmäßig auf derartige und noch gravierendere Biografien. Eine Vielzahl der Kinder und Jugendlichen kommen aus bildungsfernen Familien, welche an der Armutsgrenze leben. Den Alltag bestimmen Geldnot, Konsum, Konflikte und Perspektivlosigkeit. Hinzu kommt der alltägliche Kampf, individuelle Bedürfnisse durchzusetzen und Anerkennung zu erlangen.

In ihrer prekären Lebenslage benötigen die Betroffenen schnelle und zählbare Ergebnisse, da diese für sie oft von existenzieller Bedeutung sind. Lebensqualität bedeutet hier nicht nur die Bereitstellung finanzieller Unterstützung, sondern vor allem die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Teilhabe an der Gesellschaft. Doch der daraus resultierende „Themen-Rucksack“ von Kindern und Jugendlichen, basierend auf deren bisherigen Erfahrungen, Fähigkeiten, Ressourcen und Bedürfnissen, kollidiert zumeist mit dem System Schule.

Hier bietet der Lehrplan zu wenige Möglichkeiten, um diese Themen aufzufangen. Ein generalisiertes Angebot der Wissensvermittlung trifft auf ungleiche individuelle Voraussetzungen, deren unterschiedliche Erfahrungen und Bedürfnisse keine Berücksichtigung finden. Kommen hier noch Ausgrenzungserfahrungen (z.B. Mobbing) hinzu, verliert die Schule schnell an Prestige, wird zum Störfaktor und endet im Fernbleiben vom Unterricht. Eine Schule, die den Themen und Bedürfnissen der jungen Menschen Raum bietet, kann Schulabbruch und -verweigerung entgegenwirken. Natürlich ist Schule ein Ort der Wissensvermittlung, jedoch müssen Lehrinhalte Verknüpfungen zur Lebenswelt der Schüler*innen aufzeigen und an ihren Erfahrungen ansetzten.

Beispielsweise können geschichtliche Ereignisse genutzt werden, um auch über Verdrängungsprozesse und Ausgrenzungserfahrungen im öffentlichen Raum sowie gesellschaftliche Normen und Werte zu reden. Vor allem bei der Vereinbarung von Basiswerten sind die unterschiedlichen Erfahrungen der Schüler*innen zu berücksichtigen. Es muss anerkannt werden, dass die Wertvorstellungen der jungen Menschen, geprägt durch ihre Lebenslagen, für sie einen Sinn und Nutzen haben. Dementsprechend könnte der Lehrplan „Straßen-AG's" anbieten, um die bisher als negative Fähigkeiten angesehenen „Skills" zu nutzen und Alternativen aufzuzeigen. Gleichzeitig können diese praktisch und theoretisch aufgearbeitet werden.

So können Farblehre und Skizzentechniken auch für Graffitisprüher*innen spannend sein. In Zusammenarbeit mit beispielsweise Baugenossenschaften können Flächen bereitgestellt und im Unterricht genutzt werden. Das Interesse der Schüler*innen für Instagram und Mode kann sich u.a. bei der Vermittlung des „Goldenen Schnittes" sowie den Techniken der Fotografie und den Grundlagen des Grafikdesign als nützlich erweisen. Die daraus entstandenen Resultate dienen der Schule zur Imagepflege und bieten einen Mehrwert für Kinder und Jugendliche, die im Raum Schule wieder Erfolg und Wertschätzung erfahren sowie Möglichkeiten des Ausprobierens vorfinden.

Dies sind nur einige Gedanken, um Schule und Schulbildung für die interessanter zu gestalten, die aufgrund verschiedener prekärer Lebensbedingungen der schulischen Bildung entflohen sind.

Autor*in: Sascha Golais

These #5

MOBILE JUGENDARBEIT IST EIN WICHTIGER KATALYSATOR FÜR VERNETZUNG.

Begründet durch ihre Flexibilität verbessert Mobile Jugendarbeit die Zusammenarbeit der Akteur*innen im Stadtteil. Fachübergreifend gedacht, wird dadurch aus einem Nebeneinander ein Miteinander.

THESE #5

„Wozu nun auch noch Vernetzung!? - Wo sollen wir denn die Zeit dafür hernehmen, wir haben wahrlich schon genug zu tun!“- hören wir immer mal wieder. Das piekst uns als Mobile Jugendarbeiter*innen ins Herz. Denn wir sehen gerade unser Handlungskonzept als prädestiniert für Netzwerkarbeit an. Aber warum ist das so, und wieso finden wir Vernetzung wichtig?

Das Konzept Mobile Jugendarbeit ermöglicht es uns, unsere Einrichtungen zu verlassen, um beispielsweise junge Menschen zu wichtigen Terminen zu begleiten oder die neuesten Entwicklungen im Stadtteil zu erkunden. Bezogen auf den Aspekt der Vernetzung haben wir damit gegenüber stationären Angeboten der Sozialen Arbeit einen Vorteil: Wir können regelmäßig auf direktem Wege mit unseren Netzwerkpartner*innen in Kontakt treten und erhalten einen umfassenden Einblick in die Themen und Ideen der einzelnen Einrichtungen.

Dieser persönliche Kontakt tut auch dem gemeinsamen Arbeiten im Stadtteil – und darüber hinaus – gut. Denn dadurch sind wir unseren Netzwerkpartner*innen eine Ressource, tragen ihre Themen weiter, verteilen fachliche Informationen oder stehen beratend zur Seite. So gesehen arbeiten wir wie ein Katalysator: Wir erhöhen die Reaktionsgeschwindigkeit des Prinzips – sind quasi Wirkbeschleuniger für Vernetzung.

Im Rahmen unserer Arbeit mit jungen Menschen ist eine gute Vernetzung vor allem auch dann wichtig, wenn bestimmte fachliche, zeitliche oder räumliche Settings benötigt werden, die unsere Ressourcen nicht hergeben. Dann sind wir darauf angewiesen, in geeignete Angebote vermitteln zu können.

Das handlungsleitende gemeinsame Ziel ist dabei stets die Verbesserung der Lebensumstände unserer Adressat*innen. Je nach Thema kann es notwendig sein, Privatpersonen, private Institutionen und Akteur*innen aus anderen Professionen (z.B. Psycholog*innen, Künstler*innen, Anwält*innen) einzubeziehen, um ein transdisziplinäres Netzwerk zu bilden.

Auch die Kommunikation mit den kommunalen Entscheidungsträgern und Institutionen nimmt einen wichtigen Stellenwert ein. Vernetzung ist somit nicht nur das Ziel, sondern das Mittel für die Handlungsfähigkeit. So können materielle und immaterielle Ressourcen gebündelt und nutzbar gemacht werden.

Allerdings kommt nicht jeder Dialog einer Vernetzung, welche sich an einem gemeinsamen handlungsleitenden Ziel orientiert, gleich. An sogenannten „Runden Tischen“ mit Ordnungs- und Sicherheitsbehörden nehmen wir ausschließlich das Mandat der Interessenvertretung im Sinne unserer Klient*innen ein.

UM EINEN KLEINEN EINBLICK ZU GEBEN, WIE VIELSCHICHTIG VERNETZUNG ZUM TRAGEN KOMMEN KANN, HIER EIN PAAR GELUNGENE BEISPIELE AUS DER PRAXIS:

(1) Vermehrte Erfahrungsberichte über Verdrängung, fehlenden bezahlbaren Wohnraum und eine Vielzahl sogenannter „Couchhopper“ unter den Jugendlichen führte zu der Bildung einer Arbeitsgruppe „Wohnen“ im Facharbeitskreis Aufsuchende Sozialarbeit. Um den Betroffenen eine Stimme zu geben, das Thema für die Politik sichtbar zu machen und Strategien entwickeln zu können, wurde direkt zu Beginn eine gemeinsame Statistik zur Wohnungslosigkeit erarbeitet.

(2) Die Nutzung von Freiflächen bzw. von öffentlichem Raum ist in unserer wachsenden Stadt zunehmend Thema. Damit auch die Menschen ohne Lobby eine Stimme haben, versuchen wir immer wieder, die Bedürfnisse an entsprechender Stelle einzubringen. Bestenfalls werden aber die Menschen vor Ort direkt mit in Entscheidungsprozesse einbezogen. Da dies leider unzureichend passiert, wurde erst kürzlich die „AG Beteiligung“ ins Leben gerufen.

(3) Im Rahmen des „Nightlife-Streetwork“ arbeiten die Leipziger Streetworker*innen über ihre Einrichtungs- und Planungsraumgrenzen hinaus zusammen und treten mit jungen Menschen im Nachtleben – vor Discos oder auf der Kleinmesse – regelmäßig mit einem Aufklärungsangebot in Kontakt.

(4) „Beatz im Kiez – das Hip Hop Event im Leipziger Westen“ und die „Grünauer Jugendevents“ sind Paradebeispiele für gemeinsame Stadtteilfeste. Sie nehmen eine wichtige Funktion in der Schaffung oder Erhaltung von funktionierenden Netzwerken ein. Ging es zu Beginn der jeweiligen Projektarbeit noch darum, etwas Neues zu erschaffen, waren die Abläufe in den darauffolgenden Jahren immer eingespielter, und materielle oder personelle Ressourcen konnten – auch bei anderen Projekten – schneller abgerufen werden.

Gegenseitige Unterstützung braucht Vertrauen. Das Arbeiten an einer gemeinsamen Sache schafft dabei einen sinnstiftenden Moment, gemeinsame Werte, Arbeitsorganisation und Informationswege. Allesamt Grundvoraussetzungen für gute Netzwerkarbeit, auf die jederzeit zurückgegriffen werden kann und welche die eigene Handlungsfähigkeit steigern. Am Ende sollte die Frage also nicht lauten: „Wozu nun auch noch Vernetzung!?“, sondern: „Mit wem können wir uns noch alles vernetzen?“.

Autor*in: Heidi Krell

These #6

IN ZEITEN DES SPARDIKTATES UND ALLMÄCHTIGER KÄMMERER WIRD JUGENDHILFE NUR NOCH ALS KOSTENFAKTOR GESEHEN.

Wirksame Jugendhilfe muss sich nach den Bedarfen ihrer Adressat*innen richten. Jugend ist die Zukunft der Gesellschaft - „Jugend ist Mehrwert“! Welchen Wert messen wir Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft bei?

THESE #6

Eine Stadt, die sich mit dem Label der „Familienfreundlichkeit“ schmückt, die stolz ist auf eine stetig wachsend Bevölkerung und die damit einen zunehmenden Anteil junger Menschen verzeichnet, beschreibt diesen Wert zwangsläufig durch die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen.

Dazu gehören u.a. eine gute Infrastruktur der Regelsysteme wie Schulen und Kitas und das Vorhalten bedarfsgerechter Angebote zur Unterstützung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen, unabhängig ihres sozialen oder ökonomischen Status (jenseits sogenannter Pflichtaufgaben).

Das klingt gar nicht mal so schwierig, zumal wir in Leipzig den vermeintlichen Vorzug haben, dass wichtige kommunale Positionen von Persönlichkeiten besetzt sind, die jugendpolitischen Sachverstand und entsprechende Erfahrungen besitzen: unser OBM hatte jahrelang den Posten des Sozialdezernenten inne, und der jetzige Dezernent für Soziales war Professor an der hiesigen Fachhochschule für Sozialwesen und hat zukünftige SozialarbeiterInnen ausgebildet.

Man sollte also meinen, dass es ihnen möglich ist, im Rahmen der jährlichen Haushaltsdiskussion mit dem Kämmerer die entsprechenden Argumente für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe aus fachlicher, wissenschaftlicher und natürlich auch demokratischer Perspektive einzubringen.

Zumal es sich bei diesem Leistungsbereich zumindest fiskalisch bei einem Gesamthaushalt von 1,9 Mrd. Euro um einen doch eher marginalen Posten handelt (14 Mio im Jahr 2019). Es wäre also ein Leichtes, die durch Statistiken, Fachpläne und Qualitätsstandards beschriebenen Bedarfe zu finanzieren und damit zum einen seinen eigenen kommunalpolitischen Zielen gerecht zu werden, zum anderen aber auch den jungen Menschen zu signalisieren: ihr seid uns wichtig!

Stattdessen werden alle sachlichen und fachlichen Grundlagen, aber auch Stadtratsbeschlüsse, schlicht ignoriert und ein jährliches Gezerre um einen im Gesamthaushalt geradezu winzigen Betrag entfacht, um am Ende auf Druck des Stadtrates dann doch zumindest einzulenken.

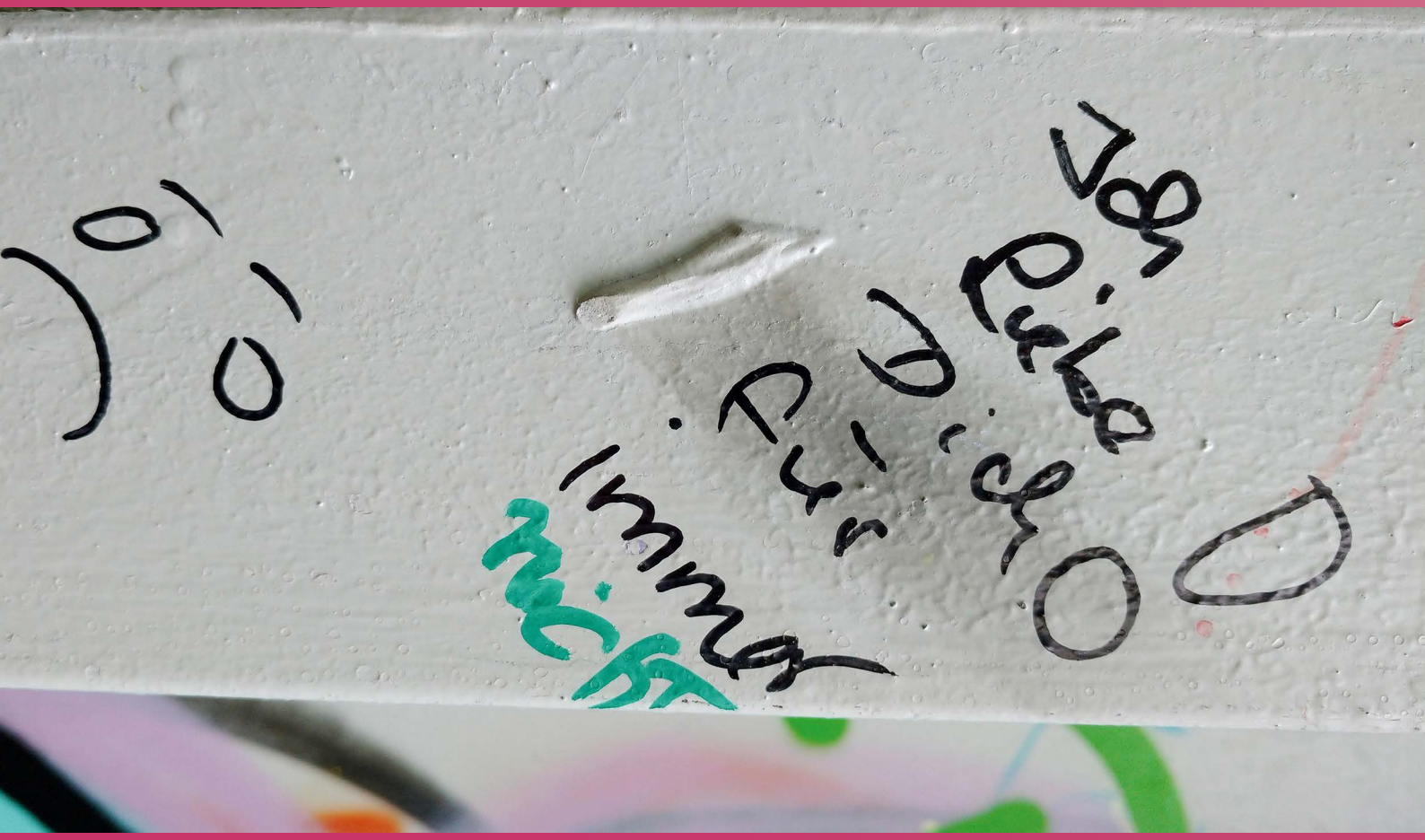
An dieser Stelle setzt bei uns absolute Ratlosigkeit ein: Worum geht es da eigentlich? Das Geld kann es nicht sein, wenn es doch offensichtlich keine Probleme bereitet, dem Bereich „Erzieherische Hilfen“ mal eben so im November eines laufenden Jahres einen Nachschlag von zuletzt 15 Mio. auszugeben, nachdem dort bereits 100 Mio. regulär bewilligt waren.

Was ist so schwer daran zu verstehen, dass eine gute präventive Arbeit im Bereich der Kinder- und Jugendförderung vielen Familien und vor allem den Kids eine Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen ersparen könnte und damit nicht nur ein besseres Aufwachsen dieser Kinder ermöglichen würde, sondern auch noch das Stadtsäckel entlasten könnte.

Dieses Argument sollte doch einen Kämmerer überzeugen, abgesehen von dem absurden personellen und auch finanziellen Aufwand für Proteste, Petitionen und Anträge und deren Überarbeitung für die Träger, Politiker*innen und nicht zuletzt die Verwaltung selbst, um zu einer annähernd bedarfsgerechten Förderung zu kommen.

Also worum geht es? Ich denke, insbesondere die Kinder und Jugendlichen haben eine Antwort verdient, denn auch das zeugt von Respekt und Wertschätzung.

Autor*in: Katrin Zschuckelt



These #7

ES GIBT KEINE WERTLOSEN MENSCHEN.

Die Akzeptanz einer gesellschaftlichen Unterschicht ist inhuman und zynisch, daher müssen wir diesem Prozess entgegenwirken und Chancengleichheit herstellen.

THESE #7

Deutschland, ein Wohlfahrtsstaat mit Sozialleistungssystem und Schulpflicht. Wie kann es dann eine neue Unterschicht geben, und durch was zeichnet sie sich aus?

Betrachtet man die Unterschicht aus dem Blickwinkel der Mitte der Gesellschaft, so beschreibt sie eine soziale Schicht, mit der man sich nicht gleichstellen will. Es sind aus diesem Blickwinkel meist jene, die schon durch ihr Auftreten und ihr Handeln bzw. Nichthandeln erkennbar scheinen. Sie sind unmotiviert und bildungsfern, und zumeist haben sie einen ungesunden Lebensstil.

„Unterschichten-TV"- dieser Begriff umreißt hierbei schon ein recht klares Bild von unmotivierten Langzeitarbeitslosen, überforderten und zur Erziehung unfähigen Alleinerziehenden und Großfamilien, integrationsunwilligen kriminellen Ausländern, suchtmittelabhängigen und ziellosen Jugendlichen usw., um nur einige dieser vorgefertigten Klischees zu nennen. Eins ist in diesen Zuschreibungen aber meist mit enthalten: „Die sind doch am Ende selbst schuld!".

Ist das so? Passen diese Zuschreibungen, und sind „die" nicht selbst schuld? Richtig ist, dass die neue Unterschicht so verschieden ist wie der Rest der Gesellschaft. Allerdings lassen sich Personengruppen ausmachen, die betroffen oder gefährdet sind von finanzieller und kultureller Armut, die Teilhabe nur im geringen Ausmaß oder gar nicht erleben. Ihre Selbstverwirklichungschancen sind eher gering und ihre Hoffnung auf sozialen Aufstieg ist gehemmt, oder aber sie haben gar gänzlich resigniert.

Diese Personengruppen lassen sich z.B. aus dem Armutsbericht 2017 entnehmen. Gefährdet sind vor allem Arbeitslose, Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Alleinerziehende, Migranten und m.E. auch psychisch Erkrankte und Menschen mit Behinderung; vor allem aber deren Kinder (vgl. Paritätische Gesamtverband, 2017). Deutschland zählt zu den Ländern mit durchschnittlicher Einkommensungleichheit und geringer sozialer Mobilität. Demnach würde es beim derzeitigem Niveau von Ungleichheit und sozialer Mobilität bis zu sechs Generationen dauern, bis die Nachkommen einer Familie vom unteren Ende der Einkommensgrenze die durchschnittliche Einkommensgrenze erreichen können (vgl. Neues Deutschland, 2018).

Daraus lässt sich ableiten, dass die soziale Herkunft immer noch mitbestimmend ist über den eigenen sozialen Werdegang und die eigene soziale Mobilität. Ein Indiz, dass die Zugehörigkeit zur Unterschicht keineswegs selbstgewähltes Leid oder Eigenverschulden in Gänze darstellen kann. Im Gegenteil, sie ist eher Beweis dafür, dass Chancengleichheit in Deutschland maximal ein theoretisches Konstrukt sein kann. Ein Phänomen, welches uns in unserer täglichen Arbeit immer wieder begegnet.

Da ist der Schüler, der seine Hausaufgaben zu Hause nicht erledigen kann, weil eine Internetrecherche gefordert ist und es zu Hause kein Internet gibt, die Schule aber am Nachmittag keine Möglichkeit bietet, einen Computer zu nutzen. Oder die junge Frau mit Kopftuch, welche trotz eines super Zeugnisses vergeblich um einen Ausbildungsplatz kämpft. Aber auch der Hauptschüler, der sich in Eigenregie das Programmieren beigebracht hat, aber nie die Chance erhalten wird, seinen Wunschberuf zu erlernen,

weil ein Realschulabschluss Voraussetzung ist. Oder die junge Mutti, die ihr Abitur abbrechen muss, weil die familiäre Kinderbetreuung nicht gewährleistet werden kann und es zeitnah keinen Kita-Platz geben wird.

Die Beispiele könnten jetzt noch um einige ergänzt werden. Bei vielen dieser Probleme werden wir natürlich tätig, um Schlimmeres zu verhindern. Wir vermitteln zwischen den Systemen, damit die junge Mutti nicht das Handtuch werfen muss oder setzen den Schüler bei uns an den Rechner, damit er seine Hausaufgabe erledigen kann. Verdammt, sind wir gut! Aber ist DAS tatsächlich unsere Aufgabe? Kann und sollte Soziale Arbeit nicht mehr können als die bestehenden Systeme zu bedienen und Schadensbegrenzung zu betreiben?! Und befördert Soziale Arbeit an bestimmten Stellen nicht sogar genau diese Systeme? Soziale Arbeit sollte sich zumindest kritisch mit dem eigenen Verständnis auseinandersetzen und die strukturellen, gesellschaftlichen Zusammenhänge hinterfragen und offenlegen.

Quellen:
Paritätischer Gesamtverband (2017): „Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017“, URL https://www.armutskongress.de/fileadmin/files/Dokumente/AK_Dokumente/armutsbericht-2017.pdf, zuletzt aufgerufen am 16.05.2019 um 22:45 Uhr

Simon Poelchau (2018): „Die Klassen sind undurchlässig. OECD bescheinigt Kindern armer Familien geringe Aufstiegschancen“, Neues Deutschland, URL https://www.neues-deutschland.de/artikel/1091337.soziale-ungleichheit-die-klassen-sind-undurchlaessig.html, zuletzt aufgerufen am 16.05.2019 um 22:51 Uhr

Autor*in: Christian Zimmermann

These #8

REFORMATION SONST REVOLUTION!

Ein Bildungssystem, das in sich stagniert, ausgrenzt und die bestehenden Verhältnisse verschärft, steht einer gelingenden Gesellschaft entgegen. Bildung 2.0 ist flexibel, partizipativ, individuell und aktivierend.

THESE #8

In unserer Arbeit treffen wir auf junge Menschen, die regelmäßig über die Situation an ihrer Schule berichten. In Gesprächen wird deutlich, dass hoher Leistungsdruck, schlechte Rahmenbedingungen und Ausgrenzungserfahrungen das Thema Schulbildung negativ belegen.

Einige Leser*innen meinen nun bereits zu wissen, dass wir im weiteren Verlauf des Textes die jugendtypische Aussage „Schule ist doof“ unterstützen und für ein jugendliches Klischee sensibilisieren wollen. Jedoch ist es weitaus mehr als das! Haben Sie sich schon einmal damit auseinandergesetzt, welche Rahmenbedingungen, Zielstellungen und Werte das Bildungssystem für junge Menschen in unserem Arbeitsfeld bereit hält?

Verschiedene wissenschaftliche Studien (u.a. Bildungsstudie der OECD) haben festgestellt, dass Bildung und das Erlangen eines Bildungsgrads noch immer abhängig von der jeweiligen sozialen Herkunft sind. Darüber hinaus wird durch das in Deutschland angewendete „Viergliedrige Schulsystem“ (Grund-, Haupt- und Sonderschule sowie Gymnasium) bereits früh selektiert und durch Bildungsempfehlungen unfreiwillig der Grundstein für den weiteren Lebenslauf des Heranwachsenden gelegt.

Im Sinne der Segregation, dem Separieren und Konzentrieren nach Fähigkeiten und Eigenschaften, werden Schüler dann an entsprechenden Bildungseinrichtungen ausgebildet. Hier findet nicht nur Stigmatisierung, sondern auch die Aufteilung in soziale Klassen statt, welche dem gesellschaftlichen Miteinander entgegenwirken und ein Durchmischen von vornherein ausschließt.

In politischen Diskursen wird zudem von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit geredet. Fälschlicherweise werden diese beiden Begriffe oft gleichgesetzt und somit irreführend verwendet. Chancengleichheit besagt, dass alle jungen Menschen gleiche Rahmenbedingungen vorfinden und angehende Schüler*innen das Gymnasium besuchen können, um einen dementsprechend „hochwertigen Abschluss“ zu erlangen.

Spätestens jetzt sollte sich ein jeder die Frage stellen: Wie gut stehen die Chancen für einen junger Menschen, der über geringe Ressourcen verfügt, aus einer eher „bildungsferneren Familie“ stammt, physische Einschränkungen und zudem noch einen Migrationshintergrund aufweist?

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, dass das Schulsystem eine Vielzahl von „Bildungsschranken“ (zum Beispiel Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder Hautfarbe, geringe finanzielle Mittel oder familiärer Background) aufweist, welche die Chancengleichheit mehr als infrage stellt.

In Zeiten, in der ein Teil der Gesellschaft stigmatisiert, diskriminiert und mit rassistischen Äußerungen Stimmung macht, sollte Schule dem entgegenwirken und ein Ort der Demokratie, des Miteinander sowie der Vielfalt sein. Dabei müssen die Grundwerte einer funktionierenden Gesellschaft mittels Integration und Inklusion vorgelebt werden.

Ein positives Beispiel dafür ist der Bau des Bildungscampus Grünau, welcher eine Zusammenlegung von Gymnasium, Ober- und Förderschule vorsieht und einen ersten Schritt von Segregation hin zu Inklusion darstellt. Trotz unterschiedlicher Voraussetzungen und Fähigkeiten des Einzelnen wird hier das „Gemeinsam über Unterschiede hinaus“ vorgelebt, welches ein Grundpfeiler einer funktionierenden und demokratischen Gesellschaft ist.

Mit- und voneinander lernen sollte dabei im Vordergrund stehen. Jedoch muss auch hier mehr getan werden, als Schulformen zusammenzulegen und Diversität zu fördern.

Es braucht gesellschaftliche Wertschätzung für Schule, Bildung und den Beruf der Lehrer*in, gerechte Finanzierung, fachübergreifende Spezialisten, die Teil des Kollegiums sind, um auf Themen der Lebenswelt reagieren zu können, Lehrer*Innen, die mithilfe innovativer didaktischer Methoden Wissen vermitteln, gleiche Bildungszugänge für alle, die über lernrelevante Differenzlinien hinausgehen sowie ein Kultusministerium, das die Themen, Bedarfe und Ideen der Schulleitungen aufgreift und deren Umsetzung ermöglicht.

Solange dies nicht der Fall ist, finden wir es gerechtfertigt, dass junge Menschen Schule „doof“ finden und schon bald im Sinne der „Fridays for Future“ für bessere und gerechtere Bildung auf die Straße gehen.

Autor*in: Sascha Golais

These #9

JUGENDARBEITER*INNEN MÜSSEN SICH MIT DER GESTALTUNGSMÖGLICHKEIT DER DIGITALISIERUNG BEFASSEN.

Tun sie das nicht, werden sie von ihren Adressat*innen abgehängt.

THESE #9

Unsere Adressat*innen nutzen die „neuen“ technischen Errungenschaften wie selbstverständlich. Und so fühlen wir uns gelegentlich etwas abgehängt, wenn wir sehen, wie sie mit ihren Smartphones und Konsolen hantieren, ihre Musik über Streamingdienste hören sowie sich mit WhatsApp und Instagram die Clique ins Kinderzimmer holen.

3D-Drucker, Internet der Dinge, Wearables, digitale Assistenz, RIFD-Chips, Social Media und Smartphones – all das verbinden wir mit Digitalisierung und nehmen sie als neu wahr. Doch wirklich neu ist das alles nicht.

Die sogenannte Digitalisierung begann Mitte der 90er Jahre und bezeichnete die Umwandlung von analogen Daten in digitale. Die E-Mail war die dominierende Form der Datenkommunikation. Bereits zehn Jahre später bestand der Großteil der Datenkommunikation zwischen Geräten, Maschinen und Dingen. Das Internet der Dinge. Aus dieser Ära stammen auch Begriffe wie „Smart Factory“ und „Virtuelles Rathaus“.

Viele Bestrebungen in der Verwaltung, den Betrieben, den Ministerien, den Bildungskonferenzen und auch in der Jugendarbeit bezeichnet Welf Schröter als „nachholende Digitalisierung“ (vgl. Schröter, 2017, 21 ff.). Sie lässt uns Dinge als neu erscheinen, die schon viele Jahre alt sind.

Wir diskutieren in der Jugendarbeit über die Möglichkeiten und Grenzen der digitalen Kommunikation mit den Adressat*innen, Social Media als Lebenswelt und Sozialisationsinstanz, über die technische Ausstattung und die Legitimation der Mediennutzung als Arbeitszeit – „Nachholende Digitalisierung“!

Technisch gesehen geht es schon lange nicht mehr um die Digitalisierung von analogen Daten oder darum, die Welt zu vernetzen. Diese Prozesse sind weitestgehend abgeschlossen. On- oder offline, real oder virtuell sind keine relevanten Kategorien mehr. Wir starten ins Zeitalter der sogenannten „Digitalen Transformation“, die auch als „Digitaler Wandel“ oder „Digitale Revolution“ bezeichnet wird.

Software und Internet sind überall. Das Ziel ist die Automatisierung von intelligentem Verhalten – Künstliche Intelligenz. Das heißt, Software wird nicht mehr geschrieben, sondern sie entsteht durch Beobachtung und Imitation. Sie lernt und denkt dabei selbst.

Unsere Adressat*innen, die für uns in teilweise rasanter Geschwindigkeit ihre Smartphone, Tablets und Konsolen bedienen, sind scheinbar bestens vorbereitet. Schließlich werden sie auch als „digital Natives“, Generation Game und iGeneration bezeichnet.

Doch die schnelle intuitive Bedienung einer Benutzeroberfläche ist nicht gleichzusetzen mit einem Verständnis für die dahinterliegenden Prozesse. Die ICILS Studie 2013 zeigt, dass vor allem Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Familien nicht über die erforderlichen informations- und computerbezogenen Kompetenzen verfügen (40 %). Jungen, die zwar häufiger neue Technologien benutzen,

besitzen aber im Mittel weniger Kompetenzen als Mädchen (vgl. Eickelmann, 2015). Der Schein trügt. Techniknutzung bedeutet nicht Technikkompetenz.

In einer Welt, in der autonome Softwaresysteme in Echtzeit globale Prozesse bewerten, verarbeiten und Entscheidungen treffen, wird der kompetente Umgang mit neuen Technologien und digitalen Informationen zur bestimmenden Kulturtechnik. Ohne die Beherrschung dieser werden unsere Adressat*innen nicht mehr am Berufsleben teilnehmen können und auch in privaten und öffentlichen Lebensbereichen abgehängt werden. Sie werden die „Neue Welt“ als fremd empfinden und sich nicht als Teil des digitalen Wandels sehen, sondern als Verlierer dessen.

Wollen wir die (Selbst-)Ausgrenzung verhindern, müssen wir unsere Adressat*innen auf ein selbstbestimmtes und kompetentes Handeln in dieser Transformation vorbereiten. Wir müssen technikkundig sein, um den jungen Menschen Orientierungswissen zu bieten. Und wir müssen (auch) im Hinblick auf den digitalen Wandel trendkundig sein, um die aktuellen und sich ständig ändernden Anforderungen der Arbeitswelt und des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu erkennen, auch um einer möglichen Ausweitung der sozialen Spaltung vorausschauend statt nachholend zu begegnen.

Die Wucht der Veränderung wird leider häufig noch unterschätzt. Die Digitale Transformation ist für uns alle Neuland. Wir bewegen uns alle auf unbekanntem Territorium und müssen uns den Lösungen annähern. Der Wandel ist keine technische, sondern eine gesellschaftliche Herausforderung. Technik ist neutral, gestaltbar und verstärkt unsere Fähigkeiten. So bietet sie die Möglichkeit, Arbeit zu humanisieren, Menschen zusammenzubringen, politische Prozesse zu demokratisieren.

Aber Technik ist immer interessengeleitet. Überlassen wir sie nicht einem markt- und geldzentrierten Denken. Wir müssen uns antizipativ mit den Gestaltungsmöglichkeiten der Digitalisierung beschäftigen, ansonsten werden wir und unsere Adressat*innen abgehängt.

LESENSWERTES, HILFEREICHES, LÖSUNGSANSÄTZE:

- digital engagiert (2018): Denkanstöße zur Digitalisierung der Zivilgesellschaft. Ein Mutmacherpapier. Unter Mitarbeit von Patrick Gilroy, Holger Krimmer, Nicole Dufft, Peter Kreutter und Frieder Olfe. **http://ziviz.info/download/file/fid/403**
  - 7 Leitgedanken zur gelingenden Digitalisierung der Zivilgesellschaft
  - Gute Linkliste zu Hilfestellungen und Lösungsansätzen für die eigene aktive Digitalisierung in gemeinnützigen Organisationen, Initiativen und Unternehmen

- Jugendarbeit im digitalen Wandel Kompetenzen, Daten und digitale Tools. **https://bedarfsanalyse.demokratielabore.de**
  - Dokumentation von Erfahrungen, Wünschen und Weiterbildungsbedürnissen der Fachkäfte
  - Vermittlung grundlegender Methoden der Datennutzung sowie von digitalen Tools in der Jugendarbeit

- prognos.com (Hg.): Gesellschaft 5.0. Implikationen der Digitalisierung für ausgewählte Lebensfelder.
  https://www.medianet-bb.de/wp-content/uploads/2018/08/gesellschaft-5-01.pdf
  - Digitalisierung als Chance für die Gesellschaft
  - Themenfelder sind Arbeit und Einkommen, Migration und Integration, Mobilität und Urbanisierung, Alter und Gesundheit
  - ToDo Liste für eine gelingende Gesellschaft in einer digitalisierten Welt

- „Sozialer Zusammenhalt in digitaler Lebenswelt". Thesen für gemeinsames Handeln.
  https://www.bagejsa.de/handlungsfelder/netzwerk-sozialer-zusammenhalt-in-digitaler-lebenswelt/
  - Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Gruppen, kirchlichen Verbänden, politischen Stiftungen und Gewerkschaften (u.a. die BAG EJSA, 2017 gegründet)
  - gute Thesen
  - leider sonst recht still um das Netzwerk

- SG HTWK Leipzig: Öffentliche Ringvorlesung – Digitale Transformation.
  https://mediaserver.htwk-leipzig.de/channels/#digitaletransformation
  - Video-Aufzeichnungen der Vorlesungen
  - je ca. 90 Minuten lang
  - bspw. „Digitaler Kapitalismus und Künstliche Intelligenz", „Was für eine digitale Welt wollen wir?"

Quellen:
Welf Schröter: „Warum sich Jugendsozialarbeit dringend in die Gestaltung der digitalen Transformation einmischen müsste", In: DREIZEHN – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit: Digitale Bildung/Arbeitswelt 4.0, 2017.
https://issuu.com/kooperationsverbund/docs/kvjs_dreizehn_nr18_web, (zuletzt aufgerufen am 24.07.2019 um 22:51 Uhr)

Prof. Dr. Birgit Eickelmann: „Bildungsgerechtikeit 4.0", Heinrich-Böll-Stiftung, 2015.
https://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2015/04/2015-04-eickelmann_-_bildungsgerechtigkeit-4.0.pdf, (zuletzt aufgerufen am 24.07.2019 um 23:54 Uhr)

Autor*in: Scarlett Wiewald

These #10

DIE ANGST VOR STATUS- UND FÖRDER-MITTELVERLUST IN DER SOZIALEN ARBEIT VERHINDERT POLITISIERUNG.

Kritik am System und Veränderung im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit sind unbequem – nicht nur für den/ die Kritisierte/n.

THESE #10

Wir alle kennen die Redewendung „Beiße niemals die Hand, die dich füttert“. Soziale Arbeit wird in Deutschland überwiegend durch Steuermittel finanziert, also als Zuwendung durch die Kommunen oder das Land an die Träger ausgereicht.

Entsprechend gibt es die Erwartung an die Zuwendungsempfänger, in deren Sinne zu agieren und als Teil des politischen Systems Gesetze und Regeln umzusetzen. Die Politik schafft den gesetzlichen Rahmen und verteilt das Geld – die Vereine und Verbände setzen die konkrete Leistung um und das möglichst effizient und nach marktwirtschaftlichen Kriterien: Soziale Arbeit als Dienstleister in einer neoliberalen Gesellschaft.

Was aber, wenn durch politische Entscheidungen strukturelle Ungerechtigkeiten geschaffen und Ausgrenzung befördert wird? Die globale Definition Sozialer Arbeit, verabschiedet von der International Federation of Social Workers im Jahre 2014, sagt u.a.: „Die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, die Menschenrechte, gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlagen der Sozialen Arbeit“.

Diese Prinzipien wird man in den meisten Leitbildern Sozialer Organisationen wiederfinden, und so erwarten die Adressat*innen zu Recht, dass Sozialarbeiter*innen als Lobbyist*innen sozialer Themen agieren und ihre politischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten nutzen, um für Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu streiten.

Soziale Arbeit bewegt sich also in dem Dilemma, verschiedenen sowie konträren Ansprüchen genügen zu müssen und dabei auch den eigenen ethischen Grundsätzen zu folgen. Und dieses Dilemma verschärft sich in dem Maße, wie gesellschaftliche Entwicklungen die Lebenssituation von Bevölkerungsgruppen verschlimmern und universelle Menschenrechte missachten.

Der Ausgang der Landtagswahlen 2019 in Sachsen könnte uns als soziale Organisationen vor große moralische Probleme stellen. Inwieweit sind wir bereit, für den Erhalt unserer Arbeit Kompromisse einzugehen und unsere ethischen Prinzipien zu untergraben? Es geht dabei auch um den Verlust von Arbeitsplätzen und von funktionierenden Angebots- und Unterstützungsstrukturen für unserer Adressat*innen.

WAS ALSO IST ZU TUN?

Soziale Arbeit muss sich in Zukunft noch viel stärker verbünden und organisieren, um für ihre Prinzipien wirkungsvoll zu kämpfen. Und zwar unabhängig davon, ob der Einzelne gerade von Repressalien, Kürzungen oder gar Schließung bedroht ist, sondern ständig und nachhaltig.

Soziale Arbeit muss immer auch politische Arbeit sein. Dazu gehört es, die Klient*innen zu befähigen, für ihre Rechte einzustehen und vor allem denen beizustehen, die das selber nicht können. Dazu gehört es auch, sich aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzumischen, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren.

Wir müssen uns viel stärker vernetzen, und zeitgleich müssen die Hochschulen die politische Dimension und Verantwortung Sozialer Arbeit wieder stärker in den Ausbildungsfokus rücken.

Für Leipzig bedeutet das, die vielfältigen Strukturen der Freien Jugendhilfe und Wohlfahrtsverbände, die ansässige Hochschule und den Berufsverband noch viel stärker zu verbinden und gemeinsam für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen. Damit ist der Fördermittelverlust sicher nicht zu verhindern – aber an Status können wir alle nur gewinnen.

Autor*in: Katrin Zschuckelt

These #11

DIE INVESTITION IN FRÜHZEITIGE UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE VERHINDERT SOZIALE BENACHTEILIGUNG.

So müssen die Freizeit-, Präventions- und Förderangebote für die wachsende Gruppe der Lückekids im öffentlichen Raum dringend ausgebaut werden.

THESE #11

Sie drängen in die Öffentlichkeit. Sie überrennen die Freizeiteinrichtungen im Viertel. Sie sind laut und dürsten nach Aufmerksamkeit. Und sie werden immer mehr. Sie sind: DIE LÜCKE-KINDER! Was wie der Trailer zum neuesten Monsterfilm klingt, ist die etwas überspitzte Darstellung einer Entwicklung, die nicht nur wir Mobilen Jugendarbeiter*innen bereits seit einigen Jahren verfolgen.

Doch was sind Lücke-Kinder überhaupt? Der Begriff entstammt der Kinder- und Jugendarbeit und bezeichnet „eine nicht eindeutig abzugrenzende Altersgruppe von etwa 9- bis 13-jährigen Kindern“ (1). Die Lücke entsteht dadurch, dass die Racker für klassische Kinder-Angebote (z.B. den Schulhort) bereits zu alt sind bzw. diese nicht mehr attraktiv finden, für „echte“ Jugendangebote (z.B. Jugendclub) dann aber doch noch etwas zu jung sind. Sie mäandern also sowohl in Bezug auf adäquate Angebote als auch im entwicklungspsychologischen Selbstverständnis in einer Lücke umher. Und sie sind ständig auf der Suche nach Möglichkeiten, diese Lücke für sich zu schließen.

Ein Beispiel aus der Praxis: Eines lauen Sommernachmittags kam ein 10-jähriger Junge zu unserem Grünauer „Kübel“ geradelt. Auf dem Gepäckträger hatte er seinen 9-jährigen Kumpel dabei. Beide quälte Langeweile. Da wir nicht geöffnet hatten, empfahlen wir ihnen das Spielmobil, welches gerade in der Nähe Station machte. Für den Bruchteil einer Sekunde huschte ein nonverbales Interesse über ihre Gesichter – bevor der Jüngere vom Gepäckträger aus in betont coolem Tonfall bekrittelte: „Die haben doch dort bestimmt nur so Kinder-Spielzeug!“ Und kurz darauf machten sie sich auf den Weg.

Sie sind also da, sie sind Viele, und sie brauchen passende Angebote sowie (Frei-)Räume, um nicht schon frühzeitig der Gefahr von Entwicklungsdefiziten anheim zu fallen, die im späteren Verlauf nur noch schwierig zu kompensieren sind. In Grünau – um bei diesem Beispiel zu bleiben – gibt es diesbezüglich bereits einige Lichtblicke. So übt hier insbesondere das Offene Kinderhaus der Caritas – inklusive des dazugehörigen Bauspielplatzes – eine ganz besondere Anziehungskraft auf die Lückekids aus. Die Projektgruppe „greater form“ bietet jener Altersgruppe ebenfalls eine Plattform, aktiv mitzugestalten. Und auch die bereits erwähnten Spielmobile haben natürlich nicht nur Kinder-Spielzeug an Bord.

Doch selbst mit allerbestem Willen können diese Angebote den Ansturm der Lückekids nicht abdecken. Und so sehen sich die Offenen Jugendtreffs und auch wir als MJA zunehmend mit der Altersgruppe Lücke-Kinder konfrontiert – einer Altersgruppe, die z.B. im ursprünglichen Handlungskonzept von Mobiler Jugendarbeit gar nicht wirklich enthalten ist. Und hier wird es ambivalent. Einerseits ist es klar, dass wir als Streetworker*innen auf die sich ändernden Bedingungen im Kiez adäquat und konstruktiv zu reagieren versuchen. Andererseits sehen wir es aus fachlicher Sicht als bedenklich an, wenn sich die eigentliche Kernzielgruppe – nämlich die Jugendlichen – aufgrund der hohen Präsenz der Lücke-Kinder aus den ursprünglich für sie vorgehaltenen Angeboten allmählich zurückziehen bzw. sich die Ressourcen verknappen, die wir ihnen zur Verfügung stellen können.

Daher bedarf es neuer, externer Angebote, die genau auf die Bedürfnisse der Lückekids zugeschnitten sind. Wie im Zuge der Pilotstudie „Die soziale Welt der ‚Lückekinder'" (2)(3) festgestellt wurde, erleben diese die für ihr psychisches Wachstum so wichtige Selbstwirksamkeit vor allem im buchstäblichen Zu-Eigen-Machen von Plätzen bzw. Räumen. Das heißt, sie suchen bevorzugt Orte auf, die geeignet sind, sie entsprechend der eigenen Bedürfnisse „umzufunktionieren". Ein Skaterplatz wird dann z.B. nicht mehr primär zu einem Ort, an dem man sportlich aktiv sein kann, sondern bietet eher ein attraktives Ambiente, um mit Freunden abzuhängen, dabei Teil einer gewissen Öffentlichkeit zu sein und die Anlage je nach Laune für mehr oder weniger angedachte Zwecke benutzt.

Ein geeigneter Platz sollte laut des Artikels „Die Umfunktionierung von Plätzen" (3) von seinem Nutzungskonzept her also offen genug sein, um noch herausfordernd zu wirken und Entscheidungen abzuverlangen. Das könnten beispielsweise auch Brachflächen, Natur oder Baulücken sein, die für Lückekids frei verfügbar bleiben sollten, also weder pädagogisiert noch kommerzialisiert werden sollen. Denn, so das Fazit des o.g. Artikels: „Lücke verlangt nach Uneindeutigkeit". Es ist also an der Zeit, Mut zur Lücke zu beweisen.

Quellen:
(1) Wikipedia, Suchbegriff „Lückekinder": https://de.wikipedia.org/wiki/Lückekinder, zuletzt aufgerufen am 29.09.2019 um 23:03 Uhr

(2) Manuela Gulde, Katharina Steinicke, Franziska Köhler-Dauner, Kathrin Mörtl, Jörg M. Fegert, Ute Ziegenhain: „Die soziale Welt der ‚Lückekinder'. Analyse einer vergessenen Gruppe", In: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, Ausgabe 2/2016, Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (Hrsg.), S. 43-48

(3) Katharina Steinicke, Kathrin Mörtl, Manuela Gulde, Ute Ziegenhain, Jörg M. Fegert: „Die Umfunktionierung von Plätzen. Aneignungsprozesse im öffentlichen Raum in der Altersgruppe der Lücke-Kinder", In: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, Ausgabe 2/2016, Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (Hrsg.), S. 49-53

Download der kompletten Ausgabe unter: https://www.kjug-zeitschrift.de/de/Ausgabe/2016-2

Autor*in: Jan Kaefer

These #12

EINE DEMOKRATISCHE VERWALTUNG MUSS DEM MENSCHEN DIENEN.

Dafür muss sich das System Verwaltung an die Lebenswelt und die Bedürfnisse der Bürger*innen anpassen. Wir empfehlen: Geht zu den Menschen.

THESE #12

Eine hastig getippte SMS, ein „kurzes“ Telefonat oder eine panische Sprachnachricht vom Jugendlichen. Fast jeder Sozialarbeitende kennt diese Situation, wenn es darum geht, dem Ratsuchenden Klarheit zu verschaffen: Es gab Post vom Amt!

Viele Seiten verklausulierte Formulierungen und meistens wenig Inhalt. Egal, ob Eingliederungsvereinbarung, Bescheinigung zur Kostenübernahme oder Briefe von der Justiz. Regelmäßig sind Menschen allein durch die Kommunikation mit Behörden und Ämtern überfordert. Und je mehr Stellen dabei eine Rolle spielen, umso schneller geht die Übersicht verloren – gleich dem Comic „Asterix erobert Rom“; „das Haus, das Verrückte macht“.

Mit einem Antragsformular werden Asterix und Obelix kreuz und quer durch die Verwaltungszentrale der Römer geschickt, um den Passierschein A 38 zu erhalten, ohne sich gegen die Schikanen und widersinnigen Weisungen wehren zu können. Die Szene spitzt sich derart zu, dass die beiden nur knapp dem Irrsinn entgehen. Natürlich ist nicht jeder Behördengang derart chaotisch, Verwaltungshandeln kann jedoch sehr weltfremd auf junge Menschen wirken, die noch keine Erfahrung damit gemacht haben.

Dass ein Spannungsverhältnis zwischen Verwaltungseffizienz und Bürgernähe existiert, hat auch schon das Bundesverfassungsgericht in einem Grundsatzurteil erkannt. In diesem beschreibt das Gericht Bürgernähe als verbindlichen Grundsatz für Verwaltung. Im bürokratischen Alltagshandeln ist von dieser Entscheidung jedoch nur wenig zu spüren.

Zusammengefasst beschreibt das oberste Ziel von Verwaltung die Umsetzung und Durchsetzung von Gesetzen, Normen und Vorschriften, die das demokratische System erhalten und stützen. Somit definiert sich Verwaltung als ein Teil der Exekutive. Jedoch ist Verwaltungshandeln in den wenigsten Fällen demokratisch. Allein ein Blick auf die Entscheidungsprinzipien bürokratischer Strukturen lässt den Schluss zu, dass mittels Weisungen gearbeitet wird und nicht via Mehrheitsprinzip, wie es für demokratische Strukturen selbstverständlich sein sollte.

Für den einzelnen Menschen bedeutet das in erster Linie, dass es nur unter größten Anstrengungen möglich ist, grundlegende Arbeitsprozesse in Behörden zu verstehen oder gar mitzugestalten. Der Philosoph und Soziologe Theodor W. Adorno spricht in diesem Zusammenhang von der „verwalteten Welt“. Damit bezeichnet er die losgelöste Herrschaft von administrativen Prinzipien, in der sich die Macht von Institutionen dermaßen verselbstständigt, dass sich der Mensch nur noch als verwaltet bzw. als Teil der Verwaltung begreift. Adorno spricht hierbei von einem starren Korsett, das keinen Platz mehr für Spontanität zulässt.

Um diesen Spannungen entgegenzuwirken, braucht es Lösungen, die im Optimalfall mit den Menschen gefunden werden, welche vom Verwaltungshandeln betroffen sind. Das schließt die Mitarbeitenden in den Behörden mit ein. Als gutes Beispiel geht das Bundesland Rheinland-Pfalz voran, das ein

Beteiligungsverfahren zur Schaffung eines Transparenzgesetzes angeregt hat, indem interessierte Bürger*innen in die Aushandlungsprozesse einbezogen wurden. Maßgebend für dieses Gesetz war es, Leitlinien der Verwaltung offen und transparent zu gestalten, um das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürger*innen positiv zu verändern. Dieses Beteiligungsverfahren geschah vor allem mittels Informationsveranstaltungen und Online-Elementen.

Hierbei ist gut zu erkennen, dass sich Verwaltung durchaus auf Menschen zubewegen kann. Niedrigschwelligkeit ist jedoch oberstes Gebot. Zudem ist es elementar, dass Verwaltung erkennbar für das Gemeinwohl einsteht. Dazu gehört es auch, positive Entwicklungen und Entscheidungen der Verwaltung an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Mithin bedarf es einer geeigneten Öffentlichkeitsarbeit, die über Ratsbeschlüsse und Ortsblätter hinausgeht.

Mittels entsprechender Kommunikation in einfacher beziehungsweise verständlicher Sprache, Abbau von Barrieren durch bspw. Online-Tools, Dezentralisierung von Einrichtungen, um kurze Wege zu ermöglichen oder mehr Transparenz und Entscheidungsteilhabe in Verwaltungsprozessen wären schon die ersten Schritte hin zum Menschen getan. Doch für solche Vorhaben müssen auch entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden. Denn eine Verwaltung, die unterbesetzt ist und über keine geeignete Ausstattung verfügt, wird in starre und undemokratische Routinen verfallen.

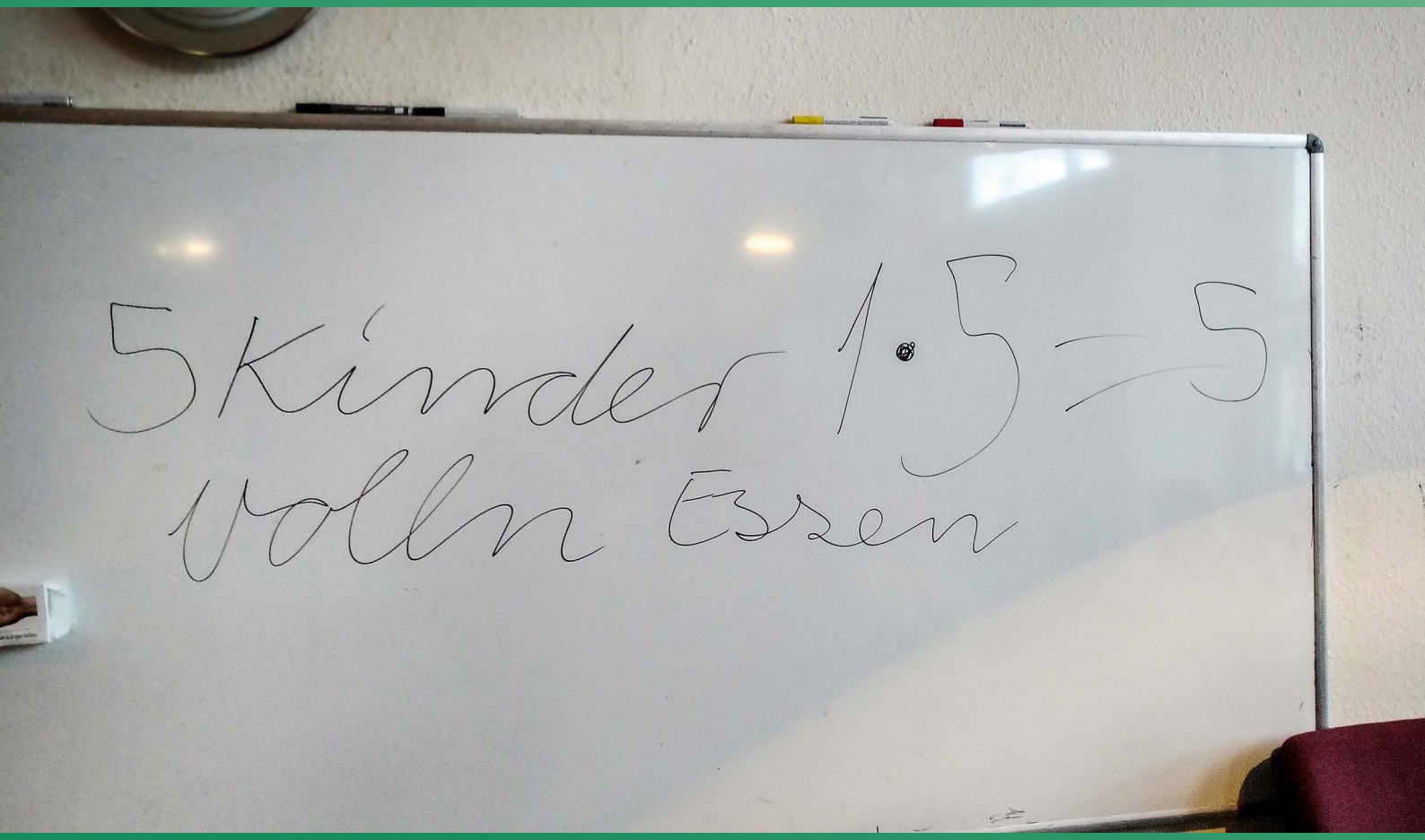
Quellen:
Deutsches Asterix Archiv (2019): Haus das Verrückte macht. URL: https://www.comedix.de/lexikon/db/haus_das_verrueckte_macht.php [24.10.2019].

Grohs, Stephan (2012): Die verwaltungswissenschaftliche Perspektive auf Demokratie. In: Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Soziologie: eine interdisziplinäre Einführung; Kurseinheit 1-3 / Breitmeier, Helmut (Hrsg.). – Hagen: Fernuniversität Hagen, S. 91-114.

Solltau, Hannes (2018): Bürokratie muss kein Schimpfwort sein. Der Tagesspiegel.
URL: https://www.tagesspiegel.de/politik/verwaltung-buerokratie-muss-kein-schimpfwort-sein/23011090.html [24.10.2019].

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (2019): Transparenzgesetz Reihnland-Pfalz. URL: https://transparenzgesetz.rlp.de/transparenzrlp/de/home.html [24.10.2019].

Autor*in: Johannes Weise



These #13

WER EINEN MENSCHEN RETTET, RETTET DIE GANZE WELT.

Soziale Arbeit kann nur bedingt nach Kennzahlen, Indikatoren oder Produktivität bewertet werden. Die Wirkung zeigt sich an der Qualität unserer Gesellschaft und ihrer Werte. Wie sähe die denn ohne Soziale Arbeit aus?

THESE #13

Das Zitat, welches wir aus dem Talmud entnommen haben, weist darauf hin, dass wir jedes Leben schätzen sollten und nicht davon ausgehen können, dass ein Leben wichtiger ist als ein anderes. Auch unser Verständnis von Wohlfahrtswesen hat seinen Ursprung im Talmud. Diese menschliche Übereinkunft, dass Hilfe und Solidarität wichtig sind, setzt sich in der Sozialen Arbeit fort.

Soziale Arbeit ist eine Frage der moralischen Haltung und Soziale Arbeit ist eine Menschenrechtsprofession. Die Menschenwürde ist der „Wert" der allen Menschen gleichermaßen zugeschrieben wird und zugleich nach dem Verständnis des Grundgesetzes ein Rechtsanspruch, den wir versuchen durchzusetzen.

Leider werden Menschen, die Hilfe brauchen, oftmals als Empfänger*innen einer besonderen Behandlung gesehen. Mit dem Einzug von kapitalistischer Logik und Management in die Soziale Arbeit wurden genaue Zielplanungen, die Beherrschung eines vorgegebenen Ablaufes und die messbare Bestimmung der Wirkungen abverlangt. Sozialarbeitende werden zunehmend als Dienstleistende gesehen, die ein genau steuerbares Ergebnis wie zum Beispiel eine Verhaltensänderung abzuliefern haben.

Doch die spezifische Lebenslage eines Individuums und die Selbstbestimmung droht dabei in den Hintergrund zu geraten, wenn Soziale Arbeit nur noch als Kostenfaktor gesehen wird. Dabei ist die große Kunst der Sozialen Arbeit das Umgehen mit Ambivalenzen, das Erkennen der vielfältigen Faktoren, die sich gegenseitig beeinflussen und das geschickte Erkennen und Nutzen von Gelegenheiten.

Gerade weil andere Systeme – wie zum Beispiel das Schulsystem mit seinem Leistungsdruck und technischen Erfolgsscodes – exkludieren, ist Soziale Arbeit umso wichtiger. Wir versuchen, durch Öffnung und Vernetzung Impulse zu setzten und alternative Erfolgslogiken zu integrieren. So ist akzeptierende Drogenarbeit wohl für die meisten Menschen schwer nachvollziehbar. Warum Menschen retten, die sich selbst so kaputt machen?

Dabei hat sich gezeigt, dass beispielsweise das Installieren von Konsumräumen für Heroinabhängige den Menschen ein Mindestmaß an Würde zurück gibt und Leben rettet. Solche Räumen erleichtern Sozialarbeiter*innen den Zugang zu dieser schwer erreichbaren Zielgruppe. Wir haben dadurch die Möglichkeit, über den Substanzgebrauch aufzuklären, frische Spritzen auszugeben und an therapeutische Hilfeeinrichtungen zu vermitteln.

Gerade durch mehrfache Nutzung von Spritzen und Konsument*innen, die sich Spritzen teilen, können schwere Infektionen entstehen, die im schlimmsten Fall zu einer Amputation führen. Wenn wir die Möglichkeit haben zu helfen, dann sollte es auch unsere moralische Pflicht sein. Jedes einzelne gerettete Leben ist es wert und rechtfertigt die Arbeit. Zudem wird die Straße – der öffentliche Raum – sicherer, wenn auf Bahnhofstoiletten oder in Büschen öffentlicher Parks keine benutzten Spritzen mehr herumliegen, was auch wieder im Interesse der Gesellschaft liegt.

Ein anderes Beispiel, warum vermeintlich abgehängte Menschen nicht vergessen werden sollten, sind sogenannte Problemviertel wie Grünau. Solche Viertel weisen eine besondere Bedeutung als „melting pot“ auf. Ein Ort, an dem verschiedene Kulturen und soziale Schichten aufeinandertreffen, versuchen miteinander auszukommen und voneinander zu lernen. Gerade die verschiedenen Einrichtungen der Jugendhilfe und der Bildungsarbeit nehmen dabei eine besondere Rolle als Experimentierraum für zukünftiges gesellschaftliches Zusammenleben ein.

Es ist völlig klar, dass dies zu Reibungen und Konflikten führt. Das Akzeptieren dieses Prozesses und im nächsten Schritt die Auflösung der Reibungen, die aus dem Verständnis des jeweils Anderen resultieren können, sind das, was eine demokratische Gesellschaft ausmacht und voranbringt. Ein selektiver Blick auf die Probleme (von Menschen die nicht in die Norm passen) ist nicht nur ein verstellter Blick, sondern behindert auch eine positive Weiterentwicklung.

Wenn es keine Soziale Arbeit gäbe, wäre das eine traurige Welt, in der Potenziale unentdeckt blieben, Menschen nicht gefördert würden, zu sich selbst zu finden und ihre Interessen zu entdecken. Am Beispiel von Grünau wäre dies ein Ort, an dem ordnungs- und sicherheitspolitische Maßnahmen dominierten und dadurch jeden einzelnen Menschen, der hier seinen Wohnort hat, pauschal kriminalisieren würde. Lasst uns also lieber gemeinsam an die Menschen glauben und versuchen, Gutes zu tun. Es ist unsere Welt, und die Aufgaben betreffen uns alle.

Quellen:
Früchtel, Frank/ Budde, Wolfgang/ Herweg, Oliver: Die Entdeckung der Wirksamkeit. Von der technologischen zur sozialarbeiterischen Rationalität, In: Sozialmagazin, 1/2010, Seite 28-38.

https://www.juedische-allgemeine.de/religion/wer-ein-menschenleben-rettet/, zuletzt aufgerufen am 14.11.2019 um 17:05 Uhr.

https://www.talmud.de/tlmd/von-naechstenliebe-und-wohltaetigkeit-im-judentum/, zuletzt aufgerufen am 14.11.2019 um 17:05 Uhr.

https://de.wikipedia.org/wiki/Menschenw%C3%Bcrde, zuletzt aufgerufen am 14.11.2019 um 17:05 Uhr.

https://www.drogenkonsumraum.net/ziele-und-aufgaben, zuletzt aufgerufen am 14.11.2019 um 17:05 Uhr.

Autor*in: Heidi Krell

These #14

RÄUME SIND TEILHABE – JEDE(R) SOLLTE DIE MÖGLICHKEIT HABEN, DIESE ZU BELEBEN.

Damit sich ein Mensch frei entfalten kann, ist es essentiell,
am öffentlichen Raum teilzuhaben,
diesen zu gestalten und frei nutzen zu können.

THESE #14

Eine wachsende Stadt wie Leipzig hat mit vielen Hürden zu kämpfen, um den Menschen, die in ihr leben, gerecht zu werden. Einhergehend mit der wachsenden Zahl an Einwohnern ist dies wohl die Verknappung von Räumen. Ob Wohnräume, Parkplätze oder Freiflächen, die Räume werden weniger.

Lückenbebauung hier, Schulneubau da – vor allem Freiräume verschwinden zunehmend. Und dort wo es sie noch gibt, wollen verschiedenste Nutzergruppen diese für sich und ihre Belange nutzen. Wie aber kann und soll man all diesen Nutzergruppen und deren Ansprüchen gleichermaßen gerecht werden? Das Zauberwort scheint Beteiligung zu sein, und im Kern ist dies wahrscheinlich auch richtig.

Doch wie und vor allem wen beteiligt man? Sollen Bewohner*innen einer Stadt in allen Belangen befragt werden? Wenn man die Bewohner/-innen in all ihrer Unterschiedlichkeit berücksichtigen will, dann sollte das so geschehen. Nun wird es nicht jeden interessieren, ob an Stelle X die Fahrbahn Y zweispurig wird und einen Radstreifen erhält, aber man sollte den Menschen, die es betrifft, die Möglichkeit geben, an diesen Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Ebenso bei der Gestaltung der Parks und Freiflächen. Auch die Frage, wie sich ein Ortsteil entwickeln kann oder soll, sollte mit den Menschen ausgehandelt werden, die in ihm leben. Das schafft Identität, Teilhabe und Wertschätzung und fördert zusätzlich das Miteinander. Die Stadt Leipzig und viele Initiativen sind bemüht, dies an einigen Stellen umzusetzen – mal mehr mal weniger gelungen.

Wir als Erwachsene, Fachkräfte und interessierte Bewohner*innen haben es da noch relativ einfach, uns zu beteiligen. Wir wissen, woher wir Informationen bekommen, sind in Netzwerken oder lesen interessiert die Aushänge, wenn Beteiligung an bestimmten Orten geplant ist.

Aber gerade Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene scheinen in dieser verregelten und verknappten Struktur Stadt immer mehr an (Frei-)Räumen zu verlieren. Und treffen wir sie dann doch im öffentlichen Raum, so gelten sie in der Regel als Störfaktor. Sie sind zu viele, zu laut und zweckentfremden die Räume, die wir Erwachsenen ja gerne anders nutzen.

Dabei geht es den meisten von ihnen nur um eins: Kind, Jugendlicher, junger Erwachsener zu sein – sich abseits von geregelten Strukturen und Hinweisschildern die Welt, die Straße, den Park zu eigen zu machen. Wir treffen oft jene jungen Menschen an, und deren Wunsch ist es meist, nicht mehr als einen Ort zum Treffen zu haben, wo man unter sich sein kann, Musik hört und im besten Fall ein Dach hat, falls es doch mal regnet.

Der Gesellschaft aber scheint es in großen Teilen schwer zu fallen, dies zu akzeptieren. Aber diese jungen Menschen sind ebenso Bewohner*innen dieser Stadt und haben das gleiche Recht, Wünsche und Vorstellungen zu haben, wie diese aussehen kann und sollte. Sonst eignen sie sich die Räume einfach an, dann meist in Formen, welche die Gesellschaft nur schwer zu akzeptieren vermag.

So werden Häuserwände schnell zum Ausdruck von Protest, und ein Graffiti an der Wand ist nicht weniger als Raumnahme.

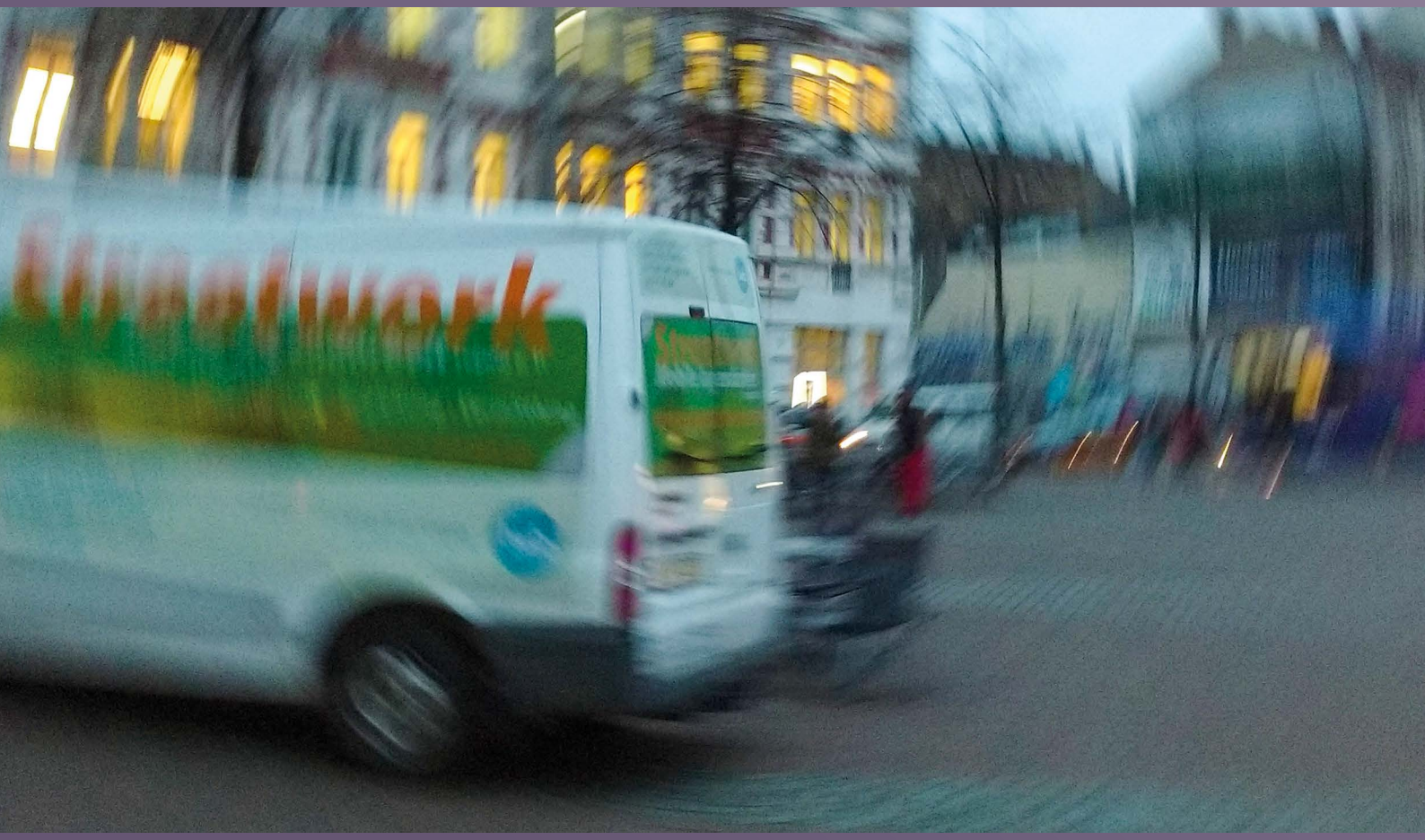
Oder junge Menschen, die jede Wand, jedes Geländer und jede Treppe nutzen, um zu springen, klettern oder hangeln. Sicher, Parcour hat auch einen sportlichen Aspekt, ist aber ebenso Raumnahme – das zu Nutzen machen der Umgebung, das Erleben der Stadt. Um vor allem jungen Menschen das Recht einzuräumen jung zu sein, sich frei entfalten zu können und so mit den eigenen Entwicklungsaufgaben wachsen zu können, ist es essentiell, diese zu beteiligen, zumindest aber Beteiligung zu ermöglichen – und das so zeitig wie möglich und in eben den Belangen, die sie betreffen.

Das umfasst einerseits die Räume, in den sie sich geregelt aufhalten, wie Kita, Schule und Freizeittreff, aber eben auch den öffentlichen Raum. Dazu müssen wir als Erwachsene, Fachkräfte und Bewohner*innen sie befähigen, begleiten und manchmal auch anleiten, ihnen die Möglichkeiten von Beteiligung offen legen und sie motivieren, diese zu nutzen – aber auch für ihre Interessen im öffentlichen Raum einstehen, sei es bei der längst überfälligen Skatefläche im Leipziger Westen oder der Öffnung von Schule, damit Schulhöfe und Sportanlagen auch nach dem Unterricht nutzbar sind.

Auch hier gibt es in Leipzig schon viele Möglichkeiten. Vor allem das Leipziger Kinderbüro ist seit Jahren aktiv bemüht, gelingende Kinder- und Jugendbeteiligung zu fordern, zu fördern und zu ermöglichen. Beteiligung muss aber auf viel mehr Ebenen zur Selbstverständlichkeit werden. Vor allem wenn wir als Streetworker/-innen feststellen, dass es einerseits kaum noch (Frei-)Räume gibt, in denen sich junge Menschen frei entfalten können und sie andererseits bei den noch bestehenden Räumen von permanenter Verdrängung betroffen sind.

Denn gerade wir Erwachsenen vergessen zu oft, wie es war, ein junger Mensch zu sein und mit welchem Drang nach Freiheit dies verbunden ist. Für diese Freiheit sind (Frei-)Räume unerlässlich.

Autor*in: Christian Zimmermann



These #15

MOBILE JUGENDARBEIT – IMMER AM PULS DER ZEIT.

Durch basisnahe Arbeit sind Streetworker*innen Teil gesellschaftlicher Phänomene und haben deshalb die Expertise, politische Diskussionen anzuregen – eine Ressource, die genutzt werden muss.

THESE #15

Bunte Graffiti, Basketballplätze zum Abhängen, die neueste deutsche Rap-Musik aus Bluetooth-Boxen, jugendliches Lachen und Plattenbau. Seit knapp einem Jahr arbeite ich nun als Streetworker in der Mobilen Jugendarbeit in Grünau. Wir als Streetworker*innen gehen auf die Straßen, quatschen mit Jugendlichen, suchen infolge dieser Gespräche neue Orte und Jugendliche auf und können deren Wünsche für die Gestaltung ihres Stadtteils gebündelt an lokalpolitische Strukturen weitergeben.

Trotz der engagierten bestehenden Jugendhäuser und offenen Jugendarbeit gibt es definitiv einen Mangel an Räumen für Jugendliche. In Lausen-Grünau etwa, einem Gebiet, in dem etwas mehr als 1.700 Jugendliche zwischen 10-27 Jahre leben, gibt es keinen einzigen Jugendclub. Daher haben viele dieser Jugendlichen entweder keinen Zugang zu einem Treffpunkt, der auf ihre Bedürfnisse abgestimmt ist oder aber nehmen den Weg nach Grünau-Mitte und -Nord auf sich.

Soll nun also im Rahmen der Integrierten Jugendhilfeplanung (IJHP) ein neues Jugendangebot in Lausen-Grünau entstehen, so können wir die Wünsche und Bedarfe der Jugendlichen erfragen und als wichtigen Bestandteil in die Planung eines solchen Angebots einfließen lassen. Infolgedessen können wir auch die Stimme derjenigen Jugendlichen vertreten, die ansonsten aufgrund von mangelndem ökonomischen, kulturellen oder sozialen Kapital Ausgrenzung erfahren.

Würden die Wünsche und Bedarfe von Jugendlichen frühzeitiger in die Stadtteilplanung und Bildungslandschaft einbezogen, könnte viel Mühe und Geld gespart werden. Im Hinblick auf Bildung sind in diesem Zuge auch die demokratischen Prozesse nicht zu vergessen, die mittels einer Jugendbeteiligung so richtig greifbar werden und auch nachhaltig politische Bildungsprozesse anregen.

Doch mehr als das gebündelte Weiterleiten von Bedürfnissen und Wünschen können auch wir nicht leisten. Es braucht also offene Ohren innerhalb der lokalpolitischen Strukturen. Denn in unserer Arbeit haben wir mehrfach erlebt, dass Mobile Jugendarbeit, welche sinnbildlich als Seismograph für gesellschaftliche Veränderungen fungiert, nicht als Ressource genutzt wurde.

So haben wir beispielsweise sehr früh von der Problematik „Emotionale Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen“ (1) mitbekommen und zusammen mit der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK) zu diesem Thema geforscht und Informationen geliefert. Anschließend haben wir einen Fachtag organisiert, zu dem wir Personen aus Verwaltung und Politik eingeladen haben. Zwar war dieser Tag gut besucht, doch leider nicht von Politiker*innen, welche als Multiplikator*innen des Themas dienen würden.

Hier wurde die Chance verpasst, zeitig frühkindliche Bildung zu fördern und infolgedessen Eltern bessere Unterstützung leisten zu können. Statt damals dieser erkannten Entwicklung präventiv entgegen zu wirken, liegt der Fokus nun gezwungenermaßen oftmals auf der Intervention aktueller Problemlagen.

Auf allen Ebenen der politischen Strukturen wäre das Bewusstsein dafür wünschenswert, den bereitgestellten Informationen über Entwicklungen des Stadtteil und den Bedürfnissen der Jugendlichen mehr Beachtung zu schenken, sodass gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen keine hohle Phrase ist.

Wie schön wäre es doch, wenn eine Gesellschaft sich an ihrer Jugend erfreuen würde und ihnen und ihren Themen und Bedürfnissen angemessene Räume und Mittel zur Verfügung stellen würde. Die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit unseren jetzigen gesellschaftlichen Normen müssen als das erkannt werden, was sie sind: Unsere Zukunft!

(1) Defizite in frühkindlicher Bildung / visio-motorische Defizite / ausgeprägtes und auffälliges Verhalten, welches vor allem durch deren Wertesysteme erkennbar werden / geringe Frustrationstoleranz usw.

Autor*in: Ansgar Becker

These #16

KINDER UND JUGENDLICHE SUCHEN IHRE WERTE UND VORBILDER – WAS SIE FINDEN, LIEGT AUCH AN DIR.

Dieser Verantwortung muss sich die Gesellschaft bewusst sein und Werte, die sie vermitteln will, täglich leben.

THESE #16

In Walt Disneys „Mary Poppins“ (1963) wird für die schwer händelbaren Geschwisterkinder eine „Kinderschwester“ gesucht. Um genau zu sein, die sechste Kinderschwester in Folge. Der Vater ist der Meinung, er verfüge über genügend Urteilsfähigkeit, Einsicht und Menschenkenntnis, um eine geeignete Kinderschwester für seine „Brut“ zu finden.

Er wünscht sich eine Kinderschwester, die agiert wie ein Feldherr, da die Zukunft des Staates in ihren Händen liege. Sie soll seriös, verantwortungsbewusst, geordnet, präzise, diktatorisch und nicht charmant sein.

Seine Kinder hingegen wünschen sich eine Frau zum Spielen, die nicht nur böse zu ihnen ist. Eine die lustig und klug ist und dies nicht nur drinnen, sondern auch draußen zeigt. Eine Kinderschwester, die, wenn sie Bauchschmerzen haben, ein liebes Wort für sie bereithält und nicht nur Rizinusöl und Tee. Sie soll kochen können und ihre Versprechen halten. Im Gegensatz dazu versprechen sie, ihr keine Kröten ins Bett zu legen oder Pfeffer in den Tee zu streuen.

Kinder und Jugendliche suchen sich selbstbestimmt ihre Vorbilder. Innerhalb der Familie können dies beispielsweise die Eltern sein, die sich enthusiastisch streiten und danach wieder versöhnen und respektvoll miteinander umgehen oder die Oma, die phantasievoll bäckt.

Auch die Trainer eines Vereins, die motivieren sowie Respekt und Zuversicht ausstrahlen, können als Vorbild dienen, oder aber Menschen die fürsorglich in der Straßenbahn den Platz für eine schwangere Frau freigeben oder im Straßenverkehr auf die gegenseitige Rücksichtnahme achten und sich auch einmal zurücknehmen.

Wer sich an seine eigenen Vorbilder erinnert, denkt möglicherweise mit einem Schmunzeln an den ersten Starschnitt, krisenbehaftete Lovestories, schrille Girlbands oder mutige Comichelden zurück. Ganz gleich, was unsere Eltern davon hielten oder gerade weil sie davon nichts hielten, fanden wir sie toll.

Das gleiche Phänomen ist auch in der heutigen Generation zu beobachten. Kinder und Jugendliche folgen und orientieren sich begeistert an Influencer*innen, seltsam wirkenden Rap-Hip-Hop-orientalisch-angehauchten Gruppen mit gebrochenem Deutsch und nehmen virtuell an deren Leben teil, eifern ihnen nach und beurteilen deren Verhalten, Lifestyle, Status und Beliebtheit an der Anzahl ihrer Follower.

Große Teile der nachfolgenden Generationen verbünden sich weltweit und fordern ein erweitertes Denken über die Nachhaltigkeit unseres täglichen Seins. So ist aktuell die Tochter einer schwedischen Opernsängerin Vorbild von Jugendlichen in der ganzen Welt. Jede Generation hat die Möglichkeit, eigene Werte selbst zu erleben.

Das bekannte Modelllernen nach Albert Bandura beschreibt die Bezeichnung kognitiver Lernprozesse, wenn ein Wesen als Folge der Beobachtung das Verhalten anderer Wesen nachahmt oder annimmt.

Es erweitert die bereits bestehenden Verhaltensmuster, ungeachtet ob positive der negative Verhaltensweisen „kopiert“ werden.

Auch wir als Teil der Mobilen Jugendarbeit, die junge Menschen lebensnah mit Respekt annehmen und ihnen mit Empathie, Wachsamkeit, Pflichtgefühl, Professionalität, Teamgeist und Gerechtigkeit gegenübertreten, sollten uns bewusst sein, dass wir unbewusst eine Vorbildrolle einnehmen. Gewiss muss man auf den schmalen Grat innerhalb unserer Arbeit zwischen „Recht und Unrecht“ aufmerksam machen.

Wir begegnen Jugendlichen im öffentlichen Raum, welche den Missbrauch durch organisierte Radikale erfahren haben oder sogar Teil davon sind. Jene Vereinigungen, die sich ebenfalls an den sehnsüchtigen Werten bedienen, wie zum Beispiel Zusammengehörigkeit, Gerechtigkeit, Autorität, Anerkennung, Freiheit und so die Umgangsformen und inneren Strukturen regeln.

Jene Radikale, die aufgrund organisierter Freizeitmöglichkeiten, ihrer Lautstärke, Sport, Musik, Status und ihrer Mitglieder als Gruppe für junge Menschen hoch attraktiv sind. Die Herausforderung ist dabei, seine eigenen Werte nicht ungehört zu lassen.

Durch den täglichen Diskurs mit jungen Menschen kann wertschätzend über Alternativen gesprochen werden, ganz gleich, wie die eigenen Vorstellungen und Rollen sind. Gerade weil der Ton in der Politik gefühlt immer rauer wird und das Vertrauen in die Gesellschaft vermeintlich schwindet, besteht ein erhöhtes Risiko für Unsicherheit und Unzufriedenheit. Doch auch wir haben die Chance, selbstwirksam und selbstbestimmt zu leben, geprägt durch unsere eigene Biografie, Kultur und Sozialisation.

Wenn wir täglich die für uns wichtigen Werte (er-)leben, wie zum Beispiel Freiheit, Selbstbestimmung, Disziplin, Ehrlichkeit, Nächstenliebe, Zuverlässigkeit, Loyalität, Freundschaft, Hilfsbereitschaft, Integrität, Mut, Pünktlichkeit, Fürsorglichkeit, Geduld, Toleranz und Rücksichtnahme, können wir eine Orientierung und Vorbild für die nachfolgenden Generationen sein.

Eine weitere Auswirkung könnte sein, dass unsere Werte innerhalb der Gesellschaft trotz des „Individualisten-Hashtag-Wahns“, Verrohung und sinkender Hemmschwellen erhalten bleiben und im besten Fall vermischt oder gar verbessert werden.

Welche Werte und Normen sind Dir wichtig, und in welcher Gesellschaft willst Du leben?

Zeig die beste Version von Dir!

Supercalifragilisticexpialigetisch

Autor*in: Janett Ruhland

These #17

FUNKTIONIERENDER WETTBEWERB BEDEUTET NICHT: „HAUPTSACHE BILLIG“.

Damit Wettbewerb im sozialen Bereich nicht zu Monopoleismus und unsozialem Handeln führt, braucht es tragfähige Rahmenbedingungen.

THESE #17

Geiz ist geil! Leanmanagement, Input – Output, Transformation, Globalisierungsprozesse, Controlling, Marktorientierung, Konkurrenz, Digitalisierung, Gewinn und Rentabilität. Was haben diese Begriffe mit der Sozialen Arbeit zu tun? Was sind Ihre ersten Gedanken, wenn Sie an Soziale Arbeit denken? Etwa an das Primat der Effizienz, an Marktanalysen oder gar an Wettbewerb?

Und dennoch müssen diese genannten Begriffe mitgedacht werden, da Soziale Arbeit sich in ihren Rahmenbedingungen auch an dem Diktat ihrer Wirtschaftlichkeit messen lassen muss. Sie befindet sich seit langem schon in einem Prozess der sogenannten „Ökonomisierung als Leistungserbringerin sozialer Dienstleistungen“. So gesehen kommt es zwangsläufig zu einem Konflikt zwischen wirtschaftlichen und ethischen Orientierungen.

„Ethik und Ökonomie sind so unterschiedlich codiert, dass sie nicht vereinbar sind“ (Luhmann 1993). Von diesem Standpunkt aus stellen sich die Fragen: „Wie viel Ökonomie verträgt die Soziale Arbeit?“ und „Wie verträgt sich die gewählte Wirtschaftsform mit menschlichen Bedürfnissen und gesellschaftlicher Entwicklung?“

Was würde geschehen, wenn sich die Soziale Arbeit bedingungslos unter das Diktat der Ökonomie unterwerfen würde? Eine Missachtung von Zielen, Methoden und Orientierungen, kurzum eine Veränderung der Kernidentität der Sozialen Profession (vgl. Staub-Bernasconi 2007).

Aus diesem Grund braucht es tragfähige Rahmenbedingungen, damit Entscheidungen von sozialpolitischer Seite nicht ausschließlich davon abhängen, welcher Träger die soziale „Dienstleistung“ am billigsten anbietet. Die Entscheidung sollte vielmehr aus der fachlichen Notwendigkeit und der Qualität der Anbieter*innen gedacht werden.

Wettbewerb innerhalb der Sozialen Arbeit erwirkte auch positive Aspekte, welche sich wiederfinden in der Weiterentwicklung, Evaluationen oder dem zielgerichteten Einsatz von Geld-, Personal- und Zeitressourcen. Unter guten Rahmenbedingungen könnten weitere Zertifikationen und Standards der Sozialen Arbeit geschaffen werden.

Als Beispiel zu nennen ist die Entwicklung und Verabschiedung verbindlicher Fachstandards der Mobilen Jugendarbeit/ Streetwork. Jene ermöglichen es uns in unserem Tätigkeitsfeld, unsere Arbeit professionell und gelingend auszugestalten. Sie fördern unsere Qualität, schaffen optimale Rahmenbedingungen zur Umsetzung von inhaltlichen Zielen. Sie sind die gültige Arbeitsgrundlage für Fachkräfte, Träger und Verwaltung.

Ohne gute Rahmenbedingungen und gültige Fachstandards kommt es nicht selten zu einer Wettbewerbssituation zwischen den Trägern, die dazu führen kann, die gefragte Leistung möglichst günstig anzubieten. Beispiele: Eine betreute Jugendwohngruppe wird von Sozialpädagog*innen betreut, jene

erhalten aber nur das Gehalt von Erzieher*innen. Ein Flüchtlingsheim wird von zu wenigen Sozialpädagog*innen betreut. Die Kostenkalkulation sieht keine ausreichenden pädagogischen Materialkosten vor.

Es gäbe noch viele andere Bespiele, die Faktoren aufzeigen könnten, an welchen Stellen ökonomische Orientierungen an erste Stelle treten, nur um möglichst günstige Leistungsvereinbarungen abzuschließen. Doch wenn es um hohe Fachlichkeit, um die Bedürfnisse der Klienten*innen, um professionelle und notwendige Angebote geht, darf es nicht heißen: „Geiz ist geil“. Sonst wird Soziale Arbeit zu einer Mogelpackung, die nicht hält was sie verspricht.

Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen könnte natürlich – langfristig betrachtet – durch entsprechende Gesetzgebungen auf Bundesebene gefördert werden. Doch wie steht es vielleicht mit dem Denkmodell der stärkeren Vernetzung und Solidarität zwischen den freien Trägern der Sozialen Arbeit? Netzwerke, die trotz Konkurrenz zusammenhalten und somit stärker werden – damit die Fachlichkeit an erster Stelle stünde.

Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen kann auch durch transparentere Verwaltungsprozesse bei der Bewilligung von Förderanträgen denkbar sein. Ebenso wünschenswert ist die verbindliche und gültige Verankerung von Fachstandards in allen Bereichen der Sozialen Arbeit. Last but not least fördern gute Rahmenbedingungen kleine Vereine sowie Träger und tragen somit abseits des Mainstreams der großen Wohlfahrtsverbände zu einer größeren Vielfalt und Pluralität der Sozialen Arbeit bei.

Quellen:
Luhman, N. (1993): Wirtschaftsethik – als Ethik?, in: Wieland, J. (Hrsg.), Wirtschaftsethik und Theorie der Gesellschaft, Frankfurt am Main

Staub-Bernasconi, S. (2007): Soziale Arbeit: Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession?, in Lob-Hüdepohl, Andreas; Lesch, Walter (Hrsg.)
Ethik Sozialer Arbeit – Ein Handbuch; Verlag Ferdinand Schöning GmbH & Co. KG, Paderborn

Autor*in: Anne Debald

These #18

DER KAMPF UM DEN ERHALT VON ÖFFENTLICHEN RÄUMEN MUSS AUCH DIGITALE RÄUME EINSCHLIESSEN.

Digitalisierung hat einen zunehmenden Stellenwert in der Gesellschaft und ganz besonders in der Lebenswelt unserer Zielgruppen. Deshalb gilt es auch hier, Freiräume zu erhalten, zu erschaffen und zu erkämpfen.

THESE #18

Der öffentliche Raum ist für junge Menschen ein wichtiger Lebens-, Lern- und Erfahrungsraum – ein unverzichtbarer Ort des Aufwachsens, der Selbstinszenierung, der Begegnung, des Aushandelns. Er ist damit elementar für die Entwicklung der eigenen Identität. Für einige unserer Adressat*innen in schwierigen Lebenslagen ist er der Rückzugsort oder Wohnraum. Für uns ist er unser Arbeitsplatz.

Mit dem Start ins digitale Zeitalter diskutierten wir im Arbeitsfeld heftig, ob unser Arbeitsplatz, die Straße als öffentlicher Raum, noch zeitgemäß ist. Sollten wir ihn auf digitale Räume ausweiten oder gar durch diese ersetzen müssen? Doch die Grenze verläuft nicht zwischen real und virtuell bzw. digital. Die Frage ist, welche Raumstrukturen das Soziale beeinflussen. Digitale Räume können soziale und öffentliche Räume erweitern oder auch beschränken. Sie sind somit Teil unserer Raumdefinition und müssen folglich bei Diskussionen um Öffnung, Erhalt und Funktion mitgedacht werden.

Wie brisant das Thema digitaler Raum sein wird, war uns 2018, als wir die These schrieben, nicht klar. Wer hätte gedacht, dass 2020 das soziale und öffentliche Leben vornehmlich im digitalen Raum stattfindet? Neben der Chance auf Akzeptanz digitaler Räume als öffentliche Räume und dem Ausbau der digitalen Kommunikationskultur führt die aktuelle Corona-Krise leider auch zu Ausschluss, Diskriminierung und Ungleichbehandlung. Wie der „klassische“ öffentliche Raum wirkt der digitale Raum frei und offen. Doch auch er unterliegt Interessensvertretungen, Sichtweisen und (Macht-) Strukturen.

Sozialutopisten sahen das Internet als Mittel, die Klassenschranken zu überwinden. Aber Technik ist interessengeleitet. Und so haben sich – wie im öffentlichen Raum der Städte – halböffentliche Räume breitgemacht. Ähnlich dem Konsumzwang in den Cafés auf den Fußwegen oder den strahlenden Einkaufstempeln, die früher mal Bahnhöfe und der Inbegriff des öffentlichen Lebens waren, verhält es sich mit dem „freien“ Raum im Internet.

Wer nicht konsumiert (die Werbung) oder bezahlt muss draußen bleiben. Dabei ist die Währung nicht zwangsläufig Geld, sondern vor allem Daten. Die Entscheidung heißt dabei zumeist Akzeptieren der Nutzungsbedingungen der Datenkraken (Facebook, Google, Microsoft, Zoom usw.) oder ausgeschlossen werden, also verzichten auf Informationen, Entertainment oder ganz aktuell den Kontakt zu unseren Mitmenschen, zur Familie und zu Kolleg*innen. Also entweder Selbstzensur (Chilling Effects) oder „ein paar“ Daten freigeben.

In der aktuellen Krise sind nur allzu viele bereit, die Nutzungsbedingungen zu akzeptieren. Es wird auch an Schulen, in Vereinen und Jugendeinrichtungen geskypt, gewhatsappt und gezoomt. Hier sind die besonders schutzwürdigen Interessen und Daten von Kindern und Jugendlichen und das Recht auf informationelle Daten nicht geschützt. Denn es gibt keine harmlosen Daten. Sie werden gesammelt, verknüpft, verarbeitet und ein Profil erstellt.

Diese digitale verzerrte Version von uns oder den Adressat*innen – das digitale Double wird verwendet, um uns zu beurteilen. Im besten Falle bekommen wir nur angezeigt, was uns „interessiert“.

Aber wir kennen unser digitales Double gar nicht, dafür Wirtschaftsunternehmen, Versicherungen und auch Sicherheitsbehörden.

Dass China zwar am anderen Ende der Welt aber doch nicht weit weg ist, dürfte auch dem Letzten klar geworden sein. China plant für 2020 ein „Social Credit"-System auf Grundlage eines Scoring-Verfahrens der Finanzwirtschaft. Wir haben zwar noch kein Super-Scoring, aber die Schufa ist ein Scoring-System. Krankenkassen und Versicherungen ziehen nach — bisher auf freiwilliger Basis. Seit dem 15. März 2019 testet Sachsen in Leipzig ein auf Algorithmen basierendes System (PRECOBS) zur vorausschauenden Polizeiarbeit. Sechs weitere Bundesländer nutzen das sogenannte „Predictive Policing". Gerade unsere Adressat*innen sind potenziell besonders gefährdet, durch Big-Data-Analysen und Profiling exkludiert oder manipuliert zu werden.

Neben der Gefährdung der aktuellen und zukünftigen Freiheiten der jungen Menschen, verstärkt die Nutzung dieser Dienste schon existierende Verdrängungsmechanismen. Die ohnehin schon übergroßen halböffentlichen kommerziellen Digitalräume sind die Gewinner der Krise. Die Datenkraken gewinnen mehr Marktanteile, Nutzer*innen und Datenmengen. Selbstlos und sozial klingende Sonderkonditionen zur freien Nutzung ihrer Dienste befördern den Netzwerkeffekt und führen bei Erreichung einer kritischen Masse zu einem exponentiellen Wachstum. „Winner-takes-it-all" bzw. „Loser-gets-nothing".

Um den (ehemals) öffentlichen freien Digitalraum zu erhalten oder neuen zu schaffen, braucht es ein alternatives digitales Ökosystem. Einen freien öffentlichen Raum ohne Verfolgung (Tracking), ohne Stigmatisierung (Profiling und Digital Double) sowie freien Zugang (freies Internet). Leider gehören gerade freie Software, dezentrale Plattformen, sichere Kommunikationswege ohne kommerziellen Hintergrund zu den Verlierern der Krise. Es sind ehrenamtliche Initiativen und Organisationen, die sich hier für das Gemeinwohl engagieren. Für sie gibt es kein X-Millionen-Euro-Hilfspaket.

Neben der eigenen Nutzung der Möglichkeiten kommerzfreier und datenschutzfreundlicher Systeme, auch in der Verwaltung, müssen neue Förderstrukturen geschaffen werden. Nachhaltig gefördert werden muss nicht nur die Entwicklung, sondern auch die Instandhaltung und der Weiterbetrieb vorhandener kommerzfreier und datenschutzfreundlicher Systeme. Es müssen rechtliche Grundlagen dafür geschaffen werden, dass mit öffentlichen Geldern erarbeitete Inhalte in vollem Umfang öffentlich bleiben, das heißt offen zugänglich und weiterverwendbar. Es muss eine öffentliche digitale Infrastruktur jenseits des kommerziellen Marktes entwickelt werden.

Quellen:
Andreas Klose (2012): Treffpunkt Straße? In: sozialraum.de 4 (2).

Berfin Karakurt (2019): Predictive Policing und die Gefahr algorithmischer Diskriminierung. Hg. v. http://grundundmenschenrechtsblog.de. Online verfügbar unter http://grundundmenschenrechtsblog.de/predictive-policing-und-die-gefahr-algorithmische-diskriminierung/.

digitalezivilgesellschaft (Hg.): Aus der Krise lernen: Digitale Zivilgesellschaft stärken! Online verfügbar unter https://digitalezivilgesellschaft.org/.

Egbert, Simon; Krasmann, Susanne (2019): Predictive Policing. Eine ethnographische Studie neuer Technologien zur Vorhersage von Straftaten und ihre Folgen für die polizeiliche Praxis. Projektabschlussbericht. Hg. v. Universität Hamburg. Universität Hamburg. Hamburg. Online verfügbar unter https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/hentschel/forschung/predictive-policing/egbert-krasmann-2019-predictive-policing-projektabschlussbericht.pdf.

Hannah Bothe: Privatsphäre vs. Teilhabe – Auswege aus dem Dilemma. Hg. v. digitalcourage. Online verfügbar unter https://digitalcourage.de/blog/2020/privatsphaere-vs-teilhabe-auswege-aus-dem-dilemma.

Jens Aesche; Christian Dimmer (2001): Mythos öffentlicher Raum – wie öffentlich muss der Stadtraum der Zukunft noch sein? Online verfügbar unter https://kluedo.ub.uni-kl.de/frontdoor/deliver/index/docId/1629/file/Aesche-Dimmer_Mythos_oeffentlicher_Raum.pdf#page=66&zoom=auto,-214,403.

Johannes Brock (2017): Hybride Streetwork. In: sozialraum.de 9 (1). Online verfügbar unter https://www.sozialraum.de/hybride-streetwork.php.
klicksafe (Hg.) (2013): Privatsphäre im digitalen Zeitalter. Online verfügbar unter https://www.klicksafe.de/themen/medienethik/privatsphaere-und-big-data/privatsphaere-im-digitalen-zeitalter/.

Stefan Krempl: Experten warnen vor „Super-Scoring" à la China in Deutschland. Hg. v. heise.de. Online verfügbar unter https://www.heise.de/newsticker/meldung/Experten-warnen-vor-Super-Scoring-a-la-China-in-Deutschland-4208327.html.

Uli Ries: Videokonferenz-Software: Ist Zoom ein Sicherheitsalptraum? Hg. v. heise.de. Online verfügbar unter https://www.heise.de/security/meldung/Videokonferenz-Software-Ist-Zoom-ein-Sicherheitsalptraum-4695000.html.

INTERESSANTES AUF DIE OHREN ZUM THEMA.

KATHARINA NOCUN, PODCAST DENKANGEBOT:

- DA004: Nix zu verbergen
  https://www.denkangebot.org/podlove/file/5/s/feed/c/mp3/DA004.mp3

- DA006: Gläserner Kunde
  https://www.denkangebot.org/podlove/file/7/s/feed/c/mp3/DA006.mp3

- DA007: Überwachung Made in China
  https://www.denkangebot.org/podlove/file/8/s/feed/c/mp3/DA007-1.mp3

Autor*in: Scarlett Wiewald

These #19

DER „AKTIVIERENDE SOZIALSTAAT“ GRENZT INSBESONDERE BENACHTEILIGTE MENSCHEN AUS.

Damit gerade junge Menschen nicht am Verwaltungsdruck zerbrechen, brauchen sie Sicherheit und Förderung – um Selbsthilfepotenziale entdecken und nutzen zu können.

THESE #19

Den jungen Mann, der vor mir sitzt, kenne ich schon ziemlich lange. Er ist ein von Grund auf positiver Mensch, doch so traurig und fertig habe ich ihn noch nicht erlebt. Die Sache mit der Berufsberatung hatte er sich ganz anders vorgestellt. Es sollte doch eigentlich um seine Wünsche gehen. Er hat sich gefreut, endlich etwas Praktisches zu machen, eine Berufsausbildung, von der er später gut leben kann. Nun soll er sich in einer Berufsvorbereitenden Maßnahme – „also schon wieder Schule“ – auf eine Ausbildung vorbereiten. „Ich bin anscheinend zu dumm“.

Seine Chance auf dem Arbeitsmarkt soll gefördert werden – an sich ein gute Idee, so eine Maßnahme hat schon vielen geholfen – doch er „braucht das doch nicht“. Die Motivation, die vorhanden war, ist nun leider dahin. Dieses Beispiel verdeutlicht ein Grunddilemma des aktivierenden Sozialstaats, welcher sich an dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ ausrichtet.

Die Grundidee des „aktivierenden Sozialstaats“ ist, weniger staatliches Handeln und mehr Eigenverantwortung der Bürger für sich und die Gesellschaft einzufordern. Der Bürger ist dabei im Idealfall Kooperationspartner. Leider führt die Auslegung an gewissen Stellen zu Ambivalenzen, Fehlern im System, welche wir in unserer täglichen Arbeit mitbekommen und auf die ich nun näher eingehen möchte.

Besonders zum Tragen kommt das Prinzip des „Förderns und Forderns“ beim Jobcenter der Agentur für Arbeit. Es ist Pflicht, die „Abhängigkeit“ vom Staat und der Gesellschaft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aktiv zu beenden. Erwerbsarbeit gilt dabei als Mittel gegen Benachteiligung und somit für gesellschaftliche Teilhabe. Denn soziale Gerechtigkeit und der Ausgleich von sozialer Ungleichheit ist die originäre Aufgabe und Zielsetzung des Sozialstaats.

Das Dilemma dabei ist, dass die Forderung – eigenverantwortlich das Ziel Erwerbsarbeit zu erreichen – mit einer Förderung umgesetzt wird, die sich in einem gesetzten Rahmen bewegt und an Bedingungen geknüpft sind, welche mittels Kontrolle und Zwang durchgesetzt werden. Von einer echten Befähigung zur Selbsthilfe kann hier keine Rede mehr sein.

Die Auslegung der Eigenverantwortlichkeit ist eine andere, als dass sie sich an den Wünschen und Fähigkeiten orientiert. Der junge Mensch im oben genannten Beispiel fühlt sich durch die Maßnahme fremdbestimmt, entmachtet und in seinen Bedürfnissen nicht ernst genommen. Die Maßnahme führt somit zum Gegenteil – einer Deaktivierung – denn „Mühe geben, wird er sich dort nicht“.

Das Prinzip der „Förderung und Forderung“ nimmt eine ganz andere Dimension ein, wenn ein junger Mensch sich vermeintlich nicht aktivieren lassen will bzw. kann. Da ist z.B. ein junger Mann, der für sein junges Leben sehr vorgeprägt ist und bei vielen Entwicklungsaufgaben Unterstützung benötigt. Er hat nur selten den vollen Hartz4-Regelsatz erhalten. Seine Lebensumstände sind so aus der Bahn, dass er es nicht schafft, einen Termin früh 8Uhr wahrzunehmen und dennoch wurde er – im Sinne der Aktivierung – immer wieder zu dieser Uhrzeit eingeladen.

Gefolgt von einer Sanktionierung nach der anderen für dieses Meldeversäumnis. Ebenso war eine Maßnahme, die 40 Stunden Präsenzzeit und einen weiten Arbeitsweg abverlangt, nicht zu schaffen. Am Ende führte der Druck dazu, dass aus Angst Briefe nicht mehr geöffnet wurden. Die finanzielle Not wiederum führte zu massiven Schulden und einem Schuldenkreislauf, dem nur noch schwer zu entkommen ist.

Hier wird deutlich, wie absurd eine Aktivierung sein kann, wenn sie doch zugleich Voraussetzung ist. Die Förderung verkehrt sich ins Gegenteil und wird zur Belastung. Benachteiligungen, am offensichtlichsten in Form von Existenznöten, werden so immer wieder reproduziert oder verstärkt. Zudem kann es zu ernstzunehmenden psychischen Belastungen kommen, wenn der anhaltende Druck und die ausbleibende Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Anerkennung zum Dauerstatus wird.

Der aktivierende Sozialstaat führt dabei zu Stigmatisierung, da in seinem Grundgedanken die Betroffenen selbst schuld an ihrem Scheitern sind. Sie bekommen den Stempel eines „Drückebergers“, der nur nicht will. Die Betonung der Eigenverantwortung leistet letztlich der Frage nach Schuld Vorschub. Dabei sollten die Ursachen immer im Wechselspiel zwischen Individuum und Gesellschaft/ Umwelt gesehen werden. Der Staat zieht sich so aus der Verantwortung, durch Steuerungspolitik gleiche Voraussetzungen und Teilhabemöglichkeiten zu schaffen.

Wir stehen den Jugendlichen anwaltschaftlich zur Seite, unterstützen, indem wir Briefe „übersetzen“ und zu Terminen begleiten. Dabei bewegen wir uns in einem Spannungsfeld zwischen Befähigung zur Selbsthilfe auf der einen und dem Durchsetzen ihrer (Grund-)Rechte auf der anderen Seite. In dem Beispiel konnten wir auf der Behördenseite für die besondere Situation Verständnis erzeugen und erwirken, nicht den vollen gesetzlichen Rahmen für Sanktionierungen einzusetzen bzw. diese zurückzunehmen. Denn ob sanktioniert wird, obliegt dem Handlungsspielraum des jeweiligen Beraters.

Dabei scheitert es oft schon allein an der Hochschwelligkeit der Behörde(n). Erläuterungen von Behördenbriefen und Vorgehen, Vorgänge die unzureichend transparent gemacht wurden oder Forderungen, die aufgrund der eigenen Lebensumstände nicht oder nur schwer umzusetzen sind. Das sind Themen, die uns regelmäßig begegnen. Die jungen Menschen sehen sich mit einem Verwaltungsapparat konfrontiert, mit seiner eigenen Sprache und vielen Regeln, gegen den sie selber ohnmächtig erscheinen.

Dieses Machtgefälle allein stellt schon eine Benachteiligung dar. Kommen noch weitere hinzu, verringern sich die Handlungsoptionen und der psychische Druck steigt. Unzureichende Sozial- oder Gesprächskompetenz können in der Kommunikation mit staatlichen Organen eine schier unüberwindbare Hürde darstellen.

Leider finden ungleiche Voraussetzungen, die aktuelle Lebenssituation und die persönlichen Umstände, wie die soziale Herkunft oder psychische Probleme, oft unzureichend Beachtung. Die Auswahl der

Möglichkeiten einer Förderung misst sich anhand der Wirtschaftlichkeit. Nicht selten geht es darum, bereits bezahlte Maßnahmen zu füllen und Arbeitslosenstatistiken zu senken.

Die Eingliederungsvereinbarung, die abgeschlossenen wird, ist so nur in der Theorie ein Vertrag, der zwischen gleichwertigen Partnern ausgehandelt wird. Denn gerade junge Menschen werden gezwungen, einem Vertrag zuzustimmen, wonach ihnen 100 Prozent ihres „Existenzminimums“ bei einem Regelverstoß gekürzt werden können. Bei ihnen werden die Regeln besonders repressiv im Sinne einer „Erziehungsmaßnahme“ ausgelegt.

Das Bundesverfassungsgericht urteilte im November letzten Jahres, dass Sanktionierungen von über 30 Prozent nicht mit der Menschenwürde vereinbar sind. Doch junge Menschen unter 25 Jahre sind davon bisher ausgenommen. Wir fordern daher ein Ende der strukturellen Ungerechtigkeit gegenüber jungen Menschen.

Was sie brauchen ist emotionale und finanzielle Sicherheit, sowie Unterstützung und Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten. Oder wie es schon der Deutsche Bundesjugendring ausdrückte: „Sanktionsprinzip durch Solidaritätsprinzip ersetzen!“

Quellen:
Wikipedia: soziale Herkunft, soziale Ungleichheit, aktivierender Sozialstaat

§ 2 SGB 2.
Online verfügbar unter: https://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbii/2.html

§14 SGB 2.
Online Verfügbar unter: https://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbii/14.html

Sascha Weigel (2013): Das Konzept des Aktivierenden Staates und sein Menschenbild. In: Zeitschrift für Transaktionsanalyse 2/2013.
Online verfügbar unter: https://www.dgta.de/uploads/tx_rldgtauser/3fca63447135497bb39c060b49026254_Das_Konzept_des_Aktivierenden_Staates_und_sein_Menschenbild_-_Sascha_Weigel_-_Focus.pdf

Judith Schäfer (2018): Fördern versus Fordern – Ambivalenzen des aktivierenden Sozialstaates am Beispiel junger Volljähriger im Arbeitslosengeld-II-Bezug.
Online Verfügbar unter: https://opendata.uni-halle.de/bitstream/1981185920/13784/1/Sch%C3%A4ferJudith_F%C3%B6rdern_versus_Fordern_Ambivalenzen_des_aktivierenden_Sozialstaates.pdf

BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 05. November 2019 – 1 BvL 7/16 -, Rn. (1-225).
Online Verfügbar unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/11/ls20191105_1bvl000716.html

Fachkräfteportal der Kinder und Jugendhilfe (2019): Deutscher Bundesjugendring: Hartz IV-Sanktionen bei U25 beenden.
Online verfügbar unter: https://www.jugendhilfeportal.de/politik/kinder-und-jugendpolitik/artikel/deutsches-bundesjugendring-hartz-iv-sanktionen-bei-u25-beenden/

Autor*in: Heidi Krell

These #20

SOZIALE ARBEIT ERSETZT NIEMANDEM DIE ÜBERNAHME SOZIALER VERANTWORTUNG.

Soziale Arbeit hat keine Alleinverantwortlichkeit und dient nicht als Kompensator. Soziale Verantwortung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – sie obliegt jedem einzelnen Menschen.

THESE #20

Gilt es, soziales Handeln, gesellschaftliche Prozesse und die Profession der Sozialen Arbeit gemeinsam zu betrachten, empfiehlt sich eingangs einen kurzen Blick auf die Entstehung und Ausgliederung der Sozialen Arbeit zu werfen. Soziales Handeln ist so alt wie die Menschheit selbst.

Ausgehend vom mittelalterlichen Armenwesen, über die soziale Befriedung im Kaiserreich bis hin zu Institutionalisierung und Professionalisierung der Sozialen Arbeit von der Weimarer Republik bis heute, zeigt sich, dass der soziale Frieden und das Gemeinwohl an kooperatives und menschliches Handeln geknüpft sind. Was einst durch engagierte Menschen geleistet wurde, wird heute von studierten und hoch spezialisierten Fachkräften übernommen, um Menschen in Notlagen unterstützen und soziale Ungleichheit abfedern zu können.

So beauftragt der Staat bzw. die Verwaltung freie Träger, damit diese sich den gesellschaftlichen Problemlagen annehmen und im weiten Feld sozialer Schieflagen aktiv werden. In diesem Bereich manifestiert sich die Aufgabe des Sozialstaates, seine Bürger vor negativen Auswüchsen des Kapitalismus zu schützen, welche dafür verantwortlich sind, dass Menschen, die nach markttypischen Kategorien nicht genügend beitragen können, systematisch ausgegrenzt und herabgestuft werden.

So wird beispielsweise in einigen Städten eine Wohnungsmarktpolitik gefahren, die Menschen mit keinem oder geringem Einkommen in einige wenige Stadtteile drückt. Wenn in diesen Stadtteilen dann die Sozialindikatoren in den Keller fallen, ist der erste Reflex der Verwaltung oft, Geld in soziale Projekte zu investieren. Somit ist der soziale Frieden gewahrt, aber am Großen und Ganzen wird sich dadurch nur wenig ändern.

Infolgedessen bekommt man dann als Sozialarbeitender schnell das Gefühl, lediglich das Heftpflaster für die moderne Soziale Frage zu sein. Was im Großen so funktioniert, setzt sich dann im Kleinen fort. Menschen, die sich in ihrem Stadtteil oder Wohnblock von ihren Mitbürgern*innen gestört fühlen, nehmen nur selten das Heft des Handelns in ihre Hand.

So erreichen uns als Straßensozialarbeitende oft Mails und Anfragen von Menschen (z.B. Ortschaftsräten), die beispielsweise darum bitten, dass wir uns doch endlich mal um die Jugendliche kümmern sollen, die da im Park abhängen. Mit „kümmern“ ist aber oft Reglementierung oder Vertreibung gemeint.

Dabei wird völlig darüber hinweggesehen, dass wir so nicht arbeiten und die alleinige Verantwortlichkeit für die Jugendlichen nicht bei uns liegen kann. Denn das Wohl aller ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch jeden Einzelnen in die Verantwortung nimmt. Um die Bedeutung gemeinschaftlichen Agierens nachvollziehen zu können, lohnt es, sich mit dem Konzept der Sozialen Kohäsion auseinanderzusetzen.

Dieses Konzept bezieht sich auf die Qualität sozialer Interaktion von Individuen in einem räumlich begrenzten Gebiet, wie etwa einem Wohnblock oder einem Stadtteil. Dabei liegt die Stärke des

Zusammenhalts nicht beim Individuum, sondern entfaltet erst ihre Wirkung in kollektiven Vorgängen und den Beziehungen, die dabei entstehen. Vertrauen, gemeinsames Handeln, soziale Normen und Zufriedenheit sind die Maßgeblichen Katalysatoren, um soziales Handeln durch Vertrauen und wahrgenommene soziale Unterstützung Gestalt annehmen zu lassen.

In diesem gemeinschaftlichen Miteinander lassen sich Probleme wesentlich konstruktiver und nachhaltiger lösen. Beispielsweise gibt es bei Fußballturnieren, die wir veranstalten, schon längst keine Schiedsrichter*innen mehr. Wir geben die Verantwortung für einen reibungslosen und fairen Spielablauf in die Hände der Spieler*innen.

Ähnlich verhält es sich mit den Anwohner*innen und den Jugendlichen im Park. Wir stellen Beziehungen her und setzen darauf, dass gemeinschaftlich eine Lösung für die Situation gefunden wird, indem gegenseitig die Interessen, Sorgen und Perspektiven gesehen und verstanden werden.

Solche Prozessen werden durch die politische Wetterlage zunehmend erschwert. Mit dem Erstarken von Parteien, die auf Spaltung und Ausgrenzung setzen, sind solche Vorgänge immer schwerer zu realisieren. Menschen werden gegeneinander ausgespielt, anstatt sich zu solidarisieren und gemeinschaftlich Verantwortung für sich und ihre Umgebung zu übernehmen. Potentiale bleiben ungenutzt und ein Gefühl der sozialen Kälte breitet sich aus.

Jüngst haben die Ereignisse um die COVID-19-Pandemie das solidarische Handeln und die Übernahme sozialer Verantwortung wieder in den Fokus gerückt. So galt es, die Risikogruppen in der Gesellschaft zu schützen und zu unterstützen. Es wurde sich wieder in den Quartieren und Wohnblöcken vernetzt, um Erledigungen und Besorgungen füreinander zu leisten und somit durch die schwere Zeit des Lockdowns zu kommen.

Oftmals bedarf es nicht mehr, als etwas aus der eigenen Blase herauszutreten und Menschen Unterstützung anzubieten, ohne dafür eine Gegenleistung einzufordern.

Autor*in: Johannes Weise

These #21

LIEBER ALLE AM BALL STATT OPERNBALL.

Wir finden es ungerecht, dass (nicht nur) wir trotz Rekordeinnahmen im Steuer- und Abgabenbereich jährlich um jeden Cent kämpfen müssen.

THESE #21

Für manche ist er das absolute Highlight des Jahres: Der Opernball. Glanz, Glamour, feinste Speisen, roter Teppich, Promifaktor, sehen und gesehen werden. Doch gerade dieser zur Schau gestellte Überfluss mit dezenter „Was-kostet-die-Welt?"-Attitüde macht ihn für unsere aktuelle These zu einem treffenden Symbol.

Wir wollen einladen – nicht zum Opernball – aber zum Nachdenken über das Thema Soziale Ungleichheit. „Sind die Ressourcenausstattung oder Lebensbedingungen von bestimmten Gruppen so beschaffen, dass sie regelmäßig bessere Lebens- und Verwirklichungschancen als andere haben, so spricht man von sozialer Ungleichheit.", definiert die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) diesen Begriff (1).

Krisen wie die Corona-Pandemie machen derartige Ungleichheiten oft besonders deutlich sichtbar. Zum Beispiel in der Leipziger Kulturszene. Zwar musste auch der hiesige Opernball für dieses Jahr abgesagt werden, doch braucht man sich um das Fortbestehen keine Sorgen zu machen. Während der Kartenvorverkauf für den Opernball 2021 bereits läuft, kämpfen die Clubs der freien Szene ums blanke Überleben. Das noch immer geltende Tanzverbot zieht ihnen den Boden unter den Füßen weg.

In Eigeninitiative haben sich zehn Clubs – wie z.B. Moritzbastei, Werk II, Distillery oder IfZ – zusammengeschlossen und eine Soliticket-Aktion gestartet (2). Sterben die Clubs, stirbt auch für viele – vor allem junge Menschen – die Möglichkeit an kultureller Teilhabe. Dieses Signal ist inzwischen auch im Leipziger Stadtrat angekommen. Mitte Juli wurde dort – ohne Gegenstimme – beschlossen, ein Soforthilfeprogramm über 200.000 Euro zu prüfen (3). Wird das reichen? Und: Wie viel kostet eigentlich so ein Opernball?

Apropos Kosten. Kartenpreise zwischen 220 und 687 Euro bilden für viele Leipziger*innen eine nur schwer überwindbare Zugangsbarriere (4). Kleiner Kontrast: Der Regelsatz beim Arbeitslosengeld II („Hartz IV") liegt bei 432 Euro im Monat. Der darin enthaltene Bedarf an „Freizeit, Unterhaltung, Kultur" beträgt 41,43 Euro (5). Damit ist höchstens ein Abend im Club drin – falls dieser die Krise überlebt.

In einer brandaktuellen Studie hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) herausgefunden: „Die reichsten Deutschen sind noch viel reicher als bisher angenommen – und sie besitzen einen viel größeren Anteil am Gesamtreichtum des Landes." (6) Demnach haben die reichsten 10 Prozent der Deutschen 64 Prozent des Gesamtvermögens im Geldsäckel.

Ein hartes Stück Arbeit also für die Sozialpolitik, deren primäres Ziel es laut Wikipedia ist, „die soziale Lage benachteiligter Gruppen zu bessern, insbesondere durch eine Angleichung der Lebenschancen und Existenzbedingungen. Übergeordnetes politisches Ziel ist die Integration ärmerer Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft und damit die Stabilisierung der Gesellschaftsordnung." (7).

Die soziale Lage benachteiligter Gruppen zu verbessern, ist auch Inhalt unserer täglichen Arbeit. Unsere Streetworker*innen erleben dabei hautnah, was es bereits für Kinder und Jugendliche aus einkommensärmeren Familien bedeutet, von großen Teilen der (kommerziellen) Angebotsstruktur quasi ausgeschlossen zu sein. Und es macht uns ungehalten, dass gerade solche politischen Entscheidungen immer wieder in die Ferne gerückt werden, die für die 90 Prozent der nicht so vermögenden Menschen ein echter „Game Changer“ sein könnten.

Wann also kommt endlich das Bedingungslose Grundeinkommen (8)? Warum ist das 365-Euro-Ticket der LVB nicht schon längst in trockenen Tüchern (9)? Und wann werden pflegerische und soziale Berufe mit ihrer (nicht nur) in Krisenzeiten erwiesenen gesellschaftlichen Relevanz endlich vollkommen selbstverständlich so bezahlt, dass sich der Respekt auch in Zahlen ausdrückt? Es muss dann auch niemand mehr auf den Balkon zum Klatschen. Versprochen.

Quellen:
(1) Definition Soziale Ungleichheit:
https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138379/soziale-ungleichheit

(2) Solitickets für Clubszene:
https://www.tixforgigs.com/Event/34722/club-soliticket-soli-ticket-fur-die-leipziger-clubszene-leipziger-clubs-und-spie

(3) Soforthilfe für Clubszene:
https://www.l-iz.de/politik/leipzig/2020/07/Der-Stadtrat-tagt-Leipzig-will-seine-Clubs-retten-Video-340271?highlight=clubs

(4) Kartenpreise Opernball:
https://leipziger-opernball.com/karten

(5) Regelsatz Hartz IV:
https://www.lpb-bw.de/regelsatz-hartziv

(6) DIW-Studie Reichtum:
https://www.l-iz.de/politik/kassensturz/2020/07/Wie-riesige-Vermoegen-dem-reichsten-Prozent-gewaltigen-politischen-Einfluss-verschaffen-340195

(7) Sozialpolitik Wikipedia:
https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialpolitik

(8)Bedingungsloses Grundeinkommen:
https://www.l-iz.de/tag/Grundeinkommen

(9) 365-Euro-Ticket:
https://www.l-iz.de/tag/365-Euro-Ticket

(10) Einkommen systemrelevante Berufe:
https://www.l-iz.de/politik/kassensturz/2020/05/Gerade-in-systemrelevanten-Berufen-sind-die-Monatseinkommen-deutlich-unterm-Durchschnitt-329484?highlight=einkommen

Alle Links zuletzt aufgerufen am 30.07.2020 um 19:20 Uhr.

Autor*in: Jan Kaefer

These #22

SOZIALE ARBEIT MUSS AKTIVE POLITISCHE KRAFT SEIN, UM SOZIALE UNGLEICHHEIT ZU VERRINGERN.

Soziale Arbeit hat die Möglichkeit und Pflicht, sich politisch einzumischen. Sie ist Lobby für marginalisierte Gruppen.

THESE #22

Wir haben in unserer Arbeit mit marginalisierten jungen Menschen zu tun, welche soziale Ungleichheit tagtäglich erfahren. Kommen beispielsweise junge Menschen bei uns an und sind von Wohnungslosigkeit betroffen, so finden sie in den meisten Fällen keinen eigenen Wohnraum.

Sie beziehen ALG II oder sind Geringverdienende und haben damit nur eine (sehr) begrenzte Summe zur Verfügung, in Leipzig ist aber kaum noch bezahlbarer Wohnraum zu finden. Laut der Menschenrechtskonvention hat jedoch jeder Mensch das Recht auf angemessenen Lebensstandard, zu dem unter anderem eine angemessene Unterbringung gehört (1). Daher setzen wir uns eben auch in unterschiedlichsten Fachkreisen zusammen und versuchen, die Wohnungspolitik positiv zu beeinflussen und zu sensibilisieren.

Anhand des Beispiels kann man sehr gut aufzeigen, dass es einerseits wichtig ist, mit dem/ der einzelnen Adressaten*in eine individuelle Lösung zu finden. Das heißt, es wird die berühmte Nadel im Heuhaufen gesucht. Viele Telefonate mit Vermietungen, viel Recherche im Internet, viel Klinken putzen. Wenn alles gut geht und mit ein wenig Glück, findet man gemeinsam eine Wohnung. Andererseits sollte Soziale Arbeit jedoch nicht nur nach individuellen Lösungen suchen, sondern auch das große Ganze sehen und sich politisch einmischen.

Die Basis für die ethischen Aspekte der Sozialen Arbeit bildet der Berufskodex, welcher für weltweite Standards entwickelt und dann auf Länderebene nochmal von Fachverbänden, z.B. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH), konkretisiert wurde.

In diesem heißt es: „Die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, die Menschenrechte, gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlagen der Sozialen Arbeit“ (2) und auch „Sozialarbeiter*innen haben eine Verpflichtung, soziale Gerechtigkeit zu fördern, in Bezug auf die Gesellschaft im Allgemeinen und in Bezug auf die Person, mit der sie arbeiten.“ (3)

Es wird also auch davon gesprochen, dass die Aufgabe der Sozialen Arbeit darin besteht, die soziale Gerechtigkeit in Bezug auf das System Gesellschaft zu fördern und im Umkehrschluss damit soziale Ungleichheit zu verringern. Daher fordert unter anderem die Sozialarbeiterin und Sozialarbeitswissenschaftlerin Silvia Staub-Bernasconi die Erweiterung des Doppelmandats hin zum dritten, dem politischen Mandat. Dies ist fachlich und ethisch fundiert und beinhaltet eben auch das menschenrechtsbasierte Handeln der Sozialen Arbeit, welches den Berufskodex widerspiegelt.

In der Praxis erlebt man oft, dass Sozialarbeiter*innen eher nach dem Mandat der Adressat*innen und dem des Staates/ Gesetzes handeln (Doppelmandat). Das dritte Mandat, nämlich das der Profession und somit der politische Aspekt, welcher aus dem Berufskodex resultiert, wird dabei übersehen oder in den Hintergrund gedrängt. Das kann unterschiedliche Gründe haben, z.B. auch den, dass in der Ausbildung die politische Ebene der Sozialen Arbeit teilweise kaum oder gar nicht thematisiert wird.

Um der Wichtigkeit dieses politischen Aspektes mehr Raum zu geben, hat das Arbeitsfeld Mobile Jugendarbeit/ Streetwork in seinen Fachstandards (4) auch explizit die Ebene der Lobbyarbeit als Aufgabenfeld mit aufgeführt.

Eine der Hauptaufgaben der Sozialen Arbeit ist es also, sich politisch einzumischen. Auch unsere Fachstandards sind durch einen politischen Prozess entstanden, und wir konnten damit unser Arbeitsfeld aktiv gestalten. Wir Sozialarbeitenden müssen weg vom Blick der Dienstleistenden hin zum Blick der Beeinflussenden politischer Prozesse.

Wir müssen auch auf Missstände aufmerksam machen, um dem ethischen und dem sozialen Anspruch unserer Arbeit gerecht zu werden. Zudem muss dieser Aspekt mehr und mehr in den Fokus der Ausbildung gerückt werden.

Quellen:
(1) https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/jeder-mensch-hat-ein-recht-auf-wohnen/ (Stand: 27.08.2020)

(2) https://www.dbsh.de/media/dbsh-www/redaktionell/pdf/Sozialpolitik/DBSH-Berufsethik-2015-02-08.pdf; S.29 (Stand: 26.08.2020)

(3) Ebenda; S.30

(4) https://irp-cdn.multiscreensite.com/5c840bc2/files/uploaded/Fachstandards_BAG_2018_final.pdf (Stand: 26.08.2020)

Autor*in: Kathi Diehl

These #23

JUGENDARBEIT DROHT EIN BEDEUTUNGS-VERLUST, DA SIE ZUNEHMEND ALS ON/OFF-DIENSTLEISTER VERSTANDEN WIRD.

Eine bedarfsgerechte Jugendarbeit kann nicht beliebig eingesetzt werden. Sie ist ganzheitlich, präventiv und kontinuierlich wirksam. Jugendarbeit ist Zukunftsarbeit!

THESE #23

Soziale Arbeit als Dienstleistung zu beschreiben, ist Teil einer breiten fachlichen Diskussion über Begriffe wie Qualität, Wirksamkeit oder Outputorientierung, kurz der Ökonomisierung einer am Menschen und dessen Entwicklung orientierten Arbeit.

Die durch viele Kommunen verfolgte Strategie der „Neuen Steuerung“ zwingt die Träger der Sozialen Arbeit dazu, sich diesem Neustrukturieren zu stellen, wenn sie ihre Existenz erhalten wollen.

Doch wie passt eine marktwirtschaftlich determinierte Definition von Dienstleistung zu einem Arbeitsbereich wie der Kinder- und Jugendhilfe, in dem es um Prozesse, Begleitung, Verständnis und die Schaffung von Perspektiven geht. In der profitorientierten Dienstleistungswelt sind die Rollen klar umrissen, der Produzent bietet eine bestimmte Leistung (oder Ware) zu einem bestimmten Preis. Der Kunde (oder auch König) entscheidet, welche Ware oder Leistung er zur Befriedigung seines Bedürfnisses zu welchem Preis erwirbt.

Im sozialen Bereich entscheidet jedoch nicht der „Kunde“, welche Leistung angeboten wird, auch nicht der Leistungserbringer mit seiner Fachlichkeit, sondern der Fördermittelgeber, also die öffentliche Hand. Ihr obliegt es zu entscheiden, welche Leistungen dem Kunden in welchem qualitativen und quantitativen Umfang zur Verfügung stehen. Und diese Entscheidung wird all zu oft auf Grundlage finanzieller Ressourcen (öffentliche Haushalte) und politischer Strategien getroffen, basiert also weniger auf den Bedürfnissen der Klienten oder der fachlichen Einschätzungen der Leistungserbringer .

Ein aktuelles und viel diskutiertes Beispiel ist die Etablierung von Drogenkonsumräumen hier in Sachsen. Die Bundesregierung hat bereits im Jahr 2000 die gesetzlichen Bedingungen geschaffen, und in verschiedenen Bundesländern wird dieses Angebot erfolgreich umgesetzt. Auch in Sachsen gibt es eine breite (Fach-)Öffentlichkeit, die eine Notwendigkeit solcher geschützter Räume sieht. Aber diese Nachfrage führt nicht dazu, Angebote zu schaffen, da die verantwortliche Landesregierung auf politischer Ebene die Umsetzung blockiert.

Ein im höchsten Maße unwirtschaftlicher Auswuchs dieser sozialökonomischen Dreiecksbeziehung ist die Auflage temporärer Fördertöpfe, nach Belieben werden Geldhähne geöffnet und wieder geschlossen. Hier ist ganz besonders deutlich zu spüren, wenn Angebote (also Dienstleistungen) an den grünen Tischen der EU, des Bundes oder der Länder konzipiert und oft am realen Leben der „Kunden“ aber auch der Leistungserbringer vorbeigehen. Junge Menschen haben keine Lust, sich auf Knopfdruck mit Theater, Medien oder anderen Dingen zu beschäftigen, das entscheiden sie gern allein.

Und ist es nicht die essentielle Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe, die Bedürfnisse und Ideen ihrer Adressat*innen aufzunehmen und mit ihnen gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen, flexibel und nachhaltig zu agieren und die jungen Menschen in ihrer Lebenswelt zu begleiten?

Das kann einem marktwirtschaftlichen Dienstleistungsgedanken nicht entsprechen, und deshalb muss die finanzielle Förderung der Leistungserbringung so ausgestaltet sein, dass die Partizipation der Kinder und Jugendlichen nicht nur möglich, sondern geradezu notwendig ist, dass auf Veränderungen individueller oder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen nicht nur reagiert werden kann, sondern dass dies ein qualitativer Parameter ist.

Sie muss auf Langfristigkeit ausgelegt sein, um Entwicklungen von junge Menschen zu begleiten und Lernprozesse zu gestalten. Und sie muss den Leistungserbringern die Möglichkeit erhalten, politische und gesellschaftliche Veränderungen zu beeinflussen – nur so können sie ihrer anwaltschaftlichen Rolle, soziale Verwerfungen im politischen Diskurs zu thematisieren, gerecht werden.

Autor*in: Katrin Zschuckelt

These #24

DAS POLITISCHE MOTTO UNSERER ZEIT IST: „ES MUSS ETWAS GESCHEHEN – ABER ES DARF NIX PASSIEREN“.

So ist es unter anderem unbestritten, dass unser Bildungssystem in einer sozialen Schieflage ist – und trotzdem fehlt die politische Motivation für tiefgreifende Veränderungsprozesse.

THESE #24

In unserer Arbeit begegnen wir immer wieder Jugendlichen, die am System Schule scheitern. Das hat ganz vielseitige Gründe. Es mangelt an kulturellen oder materiellen Ressourcen, eigene Probleme finden in der Schule keinen Platz, aber geben auch keinen Raum, sich auf Mathe und Englisch zu konzentrieren. Der Leistungsdruck ist hoch, das Lerntempo schnell, die Klassen voll und laut oder die Erwartung, dass man eh versagen wird, lähmt.

Solche und ähnliche Umstände sind schon länger zu beobachten, und trotzdem schien die politische Motivation für Veränderungen sehr gering. Nach der PISA-Studie 2000 war der Schock groß. Vor allem wurde deutlich, wie sehr die soziale Herkunft Einfluss auf den Bildungsabschluss hat. Die Forderung nach Veränderungen wurde laut, der Druck auf die Bildungspolitik stieg und plötzlich wurde das Thema in Parteiversammlungen diskutiert.

Doch die Ergebnisse der letzten PISA Studie 2018 zeigen, dass die Leistungsschere noch immer weit geöffnet ist. Schauen wir nun 2020 in die Klassen wird sichtbar, dass es im Bereich der Bildungsgleichheit keine großen Errungenschaften zu verzeichnen gibt. Die Jugendlichen, die wir im Rahmen unserer Tätigkeit treffen und die uns von Problemen in der Schule erzählen, eine Klasse wiederholen müssen oder Sozialstunden wegen zu hoher Fehlzeiten bei uns ableisten, haben meistens ähnlich geringe sozialökonomische Voraussetzungen gemeinsam.

Hinzu kommt die aktuelle Pandemie-Situation. Ein seit Jahren mit verschiedenen Förderprogrammen forciertes Thema ist die Digitalisierung in und an den Schulen. Doch gerade im coronabedingten Lockdown wurde sichtbar: Deutsche Schulen brauchen im Thema Digitalisierung dringend Nachhilfe! Es fehlt, neben ausreichendem Zugriff auf sichere WLAN Verbindungen und entsprechender Hardware für den Unterricht, vor allem auch an ausgereiften Lernplattformen und angepassten pädagogischen Konzepten zum digitalen Lernen.

Mit dem 2019 in Kraft getretenen Digitalpakt Schule wollen Bund und Länder für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik sorgen. So müssten jeder Schule im Schnitt 137.000 Euro zur Förderung der Digitalisierung zur Verfügung stehen, was ca. 500 Euro pro Schüler/-in entspräche. Aufgrund der Corona-Krise sind nochmals eine Milliarde Euro hinzugekommen. An Geld scheint es somit nicht zu mangeln, jedoch wurden die praktischen Bedingungen für das Homeschooling nicht geschaffen.

Die Umsetzung des Paktes obliegt den einzelnen Ländern, deren Bildungssysteme ohnehin schon unterschiedlichste Standards aufweisen. Eineinhalb Jahre später ist erst ein Bruchteil der Mittel verwendet worden. Laut Bildungsministerium musste die Verwirklichung des Digitalpaktes hinter den notwendigen Corona-Maßnahmen zurückgestellt werden. Dies wirkt widersprüchlich. Denn gerade jetzt ist die Dringlichkeit des Nachholbedarfs der Digitalisierung an Schulen besonders hoch. Und hier muss Bildungsgleichheit auch digitale Chancengleichheit mitdenken. Nicht alle Schüler*innen haben zu Hause Zugang zu einem Tablet, PC oder zuverlässigem Internet. Aus diesen unterschied-

lichen Voraussetzungen für Homeschooling ergibt sich ein unterschiedlicher Lernzuwachs und ein noch größeres Ungleichgewicht zwischen Kindern aus sozial benachteiligten Familien und Kindern mit privilegierten Eltern.

Aber auch wenn alle WLAN-Netzwerke eingerichtet und die Schüler*innen mit Tablets ausgestattet sind, bleiben noch viele Baustellen. Wer kümmert sich um die Wartung der Geräte, welche Lehrer*innen sind überhaupt qualifiziert, pädagogisch wirksam mit digitalen Geräten zu arbeiten, und wer hat die Kapazität, für Fortbildungen freigestellt zu werden, wenn fast überall Mangel an Lehrer*innen besteht?

Eine große Herausforderung wird es sein, den Unterricht mit allen neuen digitalen Angeboten und Möglichkeiten sinnvoll zu gestalten. Eine noch größere Aufgabe stellt jedoch die Kopplung zwischen Bildungserfolg und sozialem Ungleichgewicht dar.

Veränderungsprozesse müssen auch außerhalb der Schule angestoßen werden. Diskriminierung von Personen, abhängig von ihrer sozialen Herkunft, existiert in der Kita, der Schule, im Kulturbetrieb oder in der Politik, in Institutionen oder in persönlichen Verhaltensweisen. Armut und Reichtum werden in Deutschland häufig vererbt und die sozialen Unterschiede werden größer.

Kinder von Eltern mit einem hohen Vermögen bleiben meist Teil der Oberschicht, während Kinder, die in Armut aufwachsen, es schwer haben werden, diese zu überwinden. Denn der Bildungsabschluss von Eltern hat noch immer großen Einfluss auf den Abschluss der Kinder, und dieser ist oft ausschlaggebend dafür, was für einen Beruf sie erlernen und welches Gehalt sie verdienen können.

Derartige Problematiken müssen gesehen und ernst genommen werden und zwar nicht erst dann, wenn ein Land in internationalen Studien oder Vergleichen schlecht abschneidet.

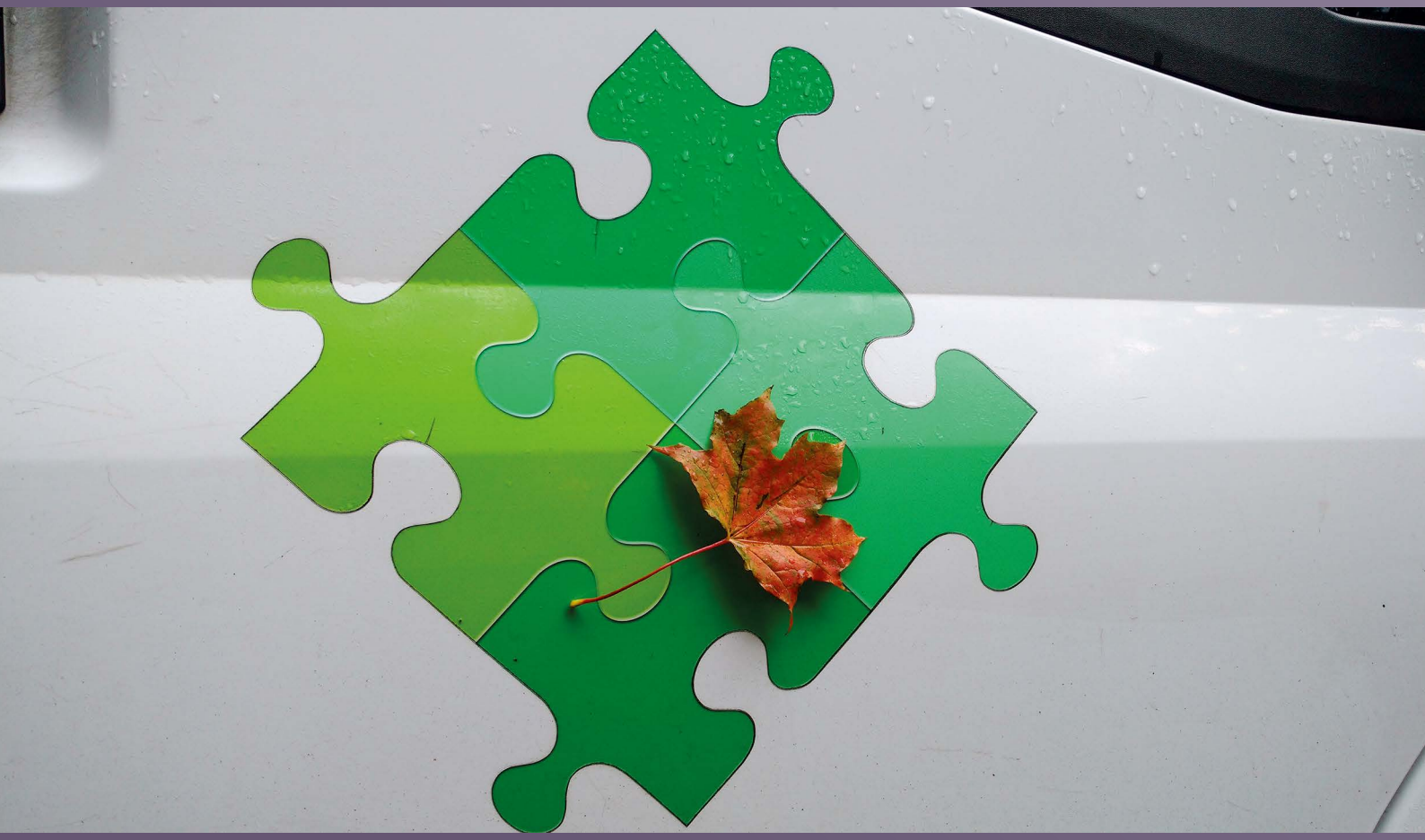
Quellen:
Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019): Was ist der Digital Pakt Schule?, [online] https://www.digitalpaktschule.de/.

Sandra Stalinski (2020): Digitalisierung an Schulen: An Geld fehlt es nicht, [online] https://www.tagesschau.de/inland/digitalisierung-schule-105.html.

OECD Programme for International Student Assessment (PISA) (2020): Pisa Deutschland, [online] https://www.pisa.tum.de/home/.

Dr. Jörg Dräger: (2020) Die Corona-Krise als Brennglas, [online] https://www.digitalisierung-bildung.de/2020/05/19/die-corona-krise-als-brennglas-sechs-beobachtungen-und-sechs-schlussfolgerungen-zum-digitalen-lernen-in-der-schule/.

Autor*in: Lisa Hess



These #25

SOZIALE ARBEIT IST EINE MENSCHENRECHTSPROFESSION.

Die Grundlage sozialarbeiterischen Handelns ist die Wahrung der Menschenrechte und der Auftrag, sozialer Ungerechtigkeit entgegen zu wirken. Die Würde des Menschen ist unantastbar!

THESE #25

Im Mittelalter als Nächstenliebe gegenüber der Familie, Armen und Kranken beschrieben, entwickelte sich Soziale Arbeit über Jahrhunderte zu einem akademischen Beruf. In der Gegenwart angekommen, arbeiten Sozialarbeiter*innen mit vulnerablen Gruppen. Das sozialpädagogische Handeln basiert dabei auf einer eigenständigen Fachlichkeit und wissenschaftlichen Grundlagen. Auf individueller und struktureller Ebene setzen sich Praktiker*innen so für die Themen und Bedürfnisse ihrer Adressat*innen ein.

Jedoch schützt akademisches Wissen nicht vor Fehlverhalten oder sogar vor Menschenrechtsverletzungen. Die Geschichte zeigte, dass sich eine Vielzahl von Sozialarbeiter*innen, Mediziner*innen, Jurist*innen, Polizist*innen oder Lehrer*innen als Teil einer menschenverachtenden Ideologie verstanden. Entgegen dem Ziel, Menschen in prekären und bedrohlichen Lebenssituationen zu schützen oder zu begleiten, verletzten diese Praktiker*innen die Würde der ihnen in Obhut befindenden Personen.

Dies verdeutlicht, dass sich diese Berufsgruppen in einem besonderen Spannungsfeld zwischen Menschenrechtsbildung und Menschenrechtsverletzung bewegen. Im Zuge einer immer stärkeren Verankerung der Menschenrechte in Politik und Gesellschaft, erklärte die UN-Dekade (1995-2004) Soziale Arbeit sowie die bereits genannten Berufsgruppen zu Menschenrechtsprofessionen.

Die Menschenrechte bilden so eine weitere Legitimationsgrundlage Sozialer Arbeit. Folglich orientiert sich sozialpädadgogisches Handeln an den Artikeln der UN-Menschenrechtskonventionen (zum Beispiel Anti-Rassismuskonvention, Frauenrechtskonvention, Kinderrechtskonvention), der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) oder der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.
Die dort aufgeführten Artikel beschreiben dabei nicht nur Menschenrechtsverletzungen. Gleichzeitig verdeutlichen sie, welche strukturellen Rahmenbedingen benötigt werden, um einer Menschenrechtsverletzung entgegenzuwirken. In der Praxis fungieren die Menschenrechte so als Analyseinstrument und Orientierungshilfe.

Die Annahme, dass Menschenrechtsverletzungen nur in sogenannten „Entwicklungsländern“ oder autokratisch regierten Gebieten zu finden sind, ist nicht nur falsch sondern auch ein längst überholtes Vorurteil. Berichte von beispielsweise Amnesty International oder Human Rights Watch verdeutlichen dies. Auch ein detaillierter Blick auf die von uns veröffentlichten Thesen zeigt, dass hierzulande ebenso Menschenrechte verletzt werden.

Hinter den von uns angesprochenen Inhalten lassen sich diverse Menschenrechte erkennen. So sprechen wir unter anderem vom Recht auf Bildung, dem Recht auf soziale Teilhabe oder dem Recht auf angemessenen Lebensstandard. Aber auch die Auseinandersetzung mit den Themen der gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden hier deutlich.

Fälle von Ausgrenzung, Demütigung oder Missachtung begegnen wir mit dem Appell, dass „alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren werden.“ (Artikel 1 – Allgemeine Erklärung

der Menschenrechte). Beim Lesen der Menschenrechte wird deutlich, dass sie die Grundlage für ein Leben in Würde beschreiben. Die zugrundeliegende Wertvorstellung der Würde, die jeder Mensch unabhängig seiner Hautfarbe, Sexualität, Herkunft, Religion, Sprache oder seines Alters besitzt, ist die fundamentale Grundlage Sozialer Arbeit. Folglich ist es unsere Aufgabe, für die Menschenrechte einzustehen und diese politisch geltend zu machen. Tun wir dies nicht, missachten wir das Ethos unserer Arbeit und die Würde der Menschen, mit denen wir täglich arbeiten.

Quellen:
Prof. Dr. Nevedita Prasad, Materialien und Inhalte Modul A1.2 Soziale Arbeit und Menschenrechte)

Ruth Großmaß,Gudrun Perko; Einteilung der Ethik und ihre Bedeutung für Soziale Berufe, In: Ethik für Soziale Berufe, 2011

Menke, Christoph: Kapitel II: Begriffe, Begründungen, Systematisierung: Menschenwürde, In: Pollmann, Arnd; Lohmann, Georg; Menschenrechte. Ein interdiziplinäres Handbuch, J.B. Metzler 2012)

Silvia Staub-Bernasconi, Menschenwürde- Menschenrechte- Soziale Arbeit -Die Menschenrechte vom Kopf auf die Füße stellen, 2019

Institut für Menschenrechte: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/

Autor*in: Sascha Golais

THESEN, DIE KLEBEN BLEIBEN.

Inspiriert durch die Auseinandersetzung mit den Themen zu unseren Thesen, sind 15 Stickermotive entstanden. Diese sehen nicht nur gut aus, sondern bringen auch einige unserer zentralen Aussagen und Forderungen noch einmal klar auf den Punkt.

Fünf Sticker haben wir dieser Broschüre beigelegt. So lange der Vorrat reicht, sind aber auf Wunsch auch die anderen Motive über uns erhältlich. Über eine kleine (freiwillige) Spende freuen wir uns natürlich jederzeit sehr.

"Wer einen Menschen rettet, rettet die ganze Welt!"
#MJALEIPZIG #STEILETHESEN
#MOBILEJUGENDARBEITLEIPZIG
HOCH MIT DEN BILDUNGSSCHRANKEN!
#MJALEIPZIG #STEILETHESEN
#MOBILEJUGENDARBEITLEIPZIG
ES GIBT KEINE WERTLOSEN MENSCHEN!
#MJALEIPZIG #STEILETHESEN
#MOBILEJUGENDARBEITLEIPZIG
SOLIDARITÄTSPRINZIPSTATTSANKTIONSPRINZIP
#MOBILEJUGENDARBEITLEIPZIG
#MJALEIPZIG #STEILETHESEN
BASISNAH
MJA
#MJALEIPZIG #STEILETHESEN
#MOBILEJUGENDARBEITLEIPZIG
OB DRAUßEN ODER IM NETZ:
FREIRÄUME JETZT!
#MJALEIPZIG #STEILETHESEN
#MOBILEJUGENDARBEITLEIPZIG
#1 MENSCHEN-WÜRDE
#MJALEIPZIG #STEILETHESEN
#MOBILEJUGENDARBEITLEIPZIG
MENSCHENWÜRDE IST KEIN AUSLAUFMODELL!
#MJALEIPZIG #STEILETHESEN
#MOBILEJUGENDARBEITLEIPZIG
MISCH DICH EIN!
#MJALEIPZIG #STEILETHESEN
#MOBILEJUGENDARBEITLEIPZIG

MOBILE JUGENDARBEIT LEIPZIG E.V.

www.kuebelonline.de

STREETWORK GRÜNAU
Garskestraße 3
04205 Leipzig
Telefon: 0341-5820910
Insta: streetwork_gruenau

STREETWORK WESTEN
Lützner Straße 17
04177 Leipzig
Telefon: 0341-9406622
Insta: streetworkwesten

STREETWORK PAUNSDORF
Am Vorwerk 9
04329 Leipzig
Telefon: 0341-24890355
Insta: streetwork_paunsdorf

IMPRESSUM:
Mobile Jugendarbeit Leipzig e.V. (Herausgeber)
Garskestraße 3
04205 Leipzig
Telefon: +49 (0)341 4229777
E-Mail: mobile@kuebelonline.de

Matthes & Hofer (Layout und Satz)
Kochstraße 132 / Werk 2
04277 Leipzig

Limitierte Auflage
Leipzig, 2021

Gefördert durch die Stadt Leipzig.